

Stand: 05.04.2026 19:54:52

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16764

"LEP-Änderung zurückziehen - überarbeitete Fassung vorlegen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/16764 vom 09.05.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/18543 des WI vom 01.06.2017
3. Beschluss des Plenums 17/18919 vom 09.11.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 115 vom 09.11.2017



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

LEP-Änderung zurückziehen – überarbeitete Fassung vorlegen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP), der dem Landtag am 28. März 2017 (Drs. 17/16280) mit der Bitte um Zustimmung zugeleitet wurde, zurückzuziehen und umfassend zu überarbeiten.

Dabei sind insbesondere folgende Punkte zu beachten:

1. Einarbeitung der Erkenntnisse der Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“, besonders im Hinblick auf verbindliche Kriterien zur Gewährleistung einer wohnortnahen Versorgung;
2. Beachtung der veränderten Rahmenbedingungen durch den verstärkten Zuzug von Flüchtlingen, Asylbewerbern und Zuwanderern in den letzten Jahren;
3. ehrliche und zielgerichtete Reform des Zentrale-Orte-Systems;
4. Begrenzung des Raums mit besonderem Handlungsbedarf;
5. Verankerung eines schlüssigen Energiekonzepts.

Begründung:

Mit dem vorgelegten Verordnungsentwurf würden Fehlentwicklungen beim LEP, die – wie z.B. die Ausuferung der Zentralen Orte – im Zuge der zurückliegenden Fortschreibung eingetreten und bei den mit Fragen der raumbezogenen Planung befassten Akademien, Kammern und Verbänden auf grundsätzliche fachliche Kritik gestoßen sind, ihre Fortsetzung finden.

Bei der Überarbeitung der LEP-Fortschreibung sind insbesondere folgende Aspekte zu berücksichtigen:

1. Der vorgelegten LEP-Fortschreibung fehlt der Bezug zu den Arbeiten der durch Beschluss des Landtags vom 1. Juli 2014 (Drs. 17/2482) eingesetzten Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“. Eine Berücksichtigung der Arbeiten dieser Kommission bei der LEP-Fortschreibung ist unverzichtbar, da die Förderung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern (Art. 3 Abs.2 Satz 2 der Bayerischen Verfassung – BV) zugleich das im Bayerischen Landesplanungsgesetz (BayLplG) (Art. 5 Abs.1) und im LEP verankerte Leitziel der Landesplanung darstellt. Zur Verwirklichung dieses Staatsziels bedarf es nach den Erkenntnissen der Enquete-Kommission vor allem konkreter, mit verbindlichen Kriterien unterlegter Vorgaben für die Bereitstellung einer wohnortnahen Versorgung mit sozialen Einrichtungen sowie mit Einrichtungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Kultur. Landesweit raumbedeutsame Festlegungen zu diesen Bereichen wurden auch bei der Neufassung des BayLplG vom 26. Juni 2012 (GVBl. S. 254) vom Landtag auf Empfehlung des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie ausdrücklich als Mindestinhalte des LEP vorgeschrieben.
2. Der für die Entwicklung des Landes bedeutsame Zuzug von Flüchtlingen, Asylbewerbern und Zuwanderern wird in der LEP-Fortschreibung überhaupt nicht aufgegriffen. Das geltende LEP vom 22. August 2013 (GVBl. S. 550) geht noch davon aus, dass sich der demografische Wandel in Bayern in einer mittel- bis langfristigen Abnahme der Bevölkerung äußert (siehe Begründung zu 1.2 LEP 2013). Nach der Verordnung über die Geschäftsverteilung der Staatsregierung sind die „demografischen Herausforderungen“ ausdrücklich dem Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat als oberster Landesplanungsbehörde zugewiesen (§ 6 Satz 1 Nr. 2

- Buchst. b der Verordnung über die Geschäftsverteilung der Bayerischen Staatsregierung (StRGVV).
3. Eine weitere inflationäre Steigerung der Anzahl der Zentralen Orte in Bayern sowie eine bedingungslose Ausweisung von Mehrfachzentren sind nicht sinnvoll. Wenn beinahe jede zweite Gemeinde zu einem Zentralen Ort bestimmt wird, würde die Funktion des Zentrale-Orte-Systems, Mittelpunkt der Daseinsvorsorge für die Versorgung der jeweiligen Verflechtungsbereiche festzulegen (vgl. Art. 6 Abs. 2 Nr. 2 BayLplG), völlig entwertet und ad absurdum geführt. Die Ausstattung so vieler Zentraler Orte mit den ihrer jeweiligen Funktion entsprechenden Einrichtungen der Daseinsvorsorge könnte weder der Staat selbst gewährleisten, noch könnten die Kommunen dies. Bei der vorgelegten Fortschreibung fehlt eine transparente Darlegung der Auswahl- und Einstufungskriterien für die im LEP festzulegenden Zentralen Orte. Nach der Normenkontroll-Rechtsprechung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs wird aus rechtsstaatlichen Gründen jeweils eine Objektivierung der Entscheidungsgrundlagen anhand nachprüfbarer Daten vorausgesetzt (VGH n.F. 27, 108; 36, 104 sowie 43, 177). Ohne solche Zentralitätskriterien bleibt auch unklar, welche Konsequenzen die jeweilige Einstufung als Zentraler Ort haben soll. Das gilt auch für die neue Zentralitätsstufe der Metropolen.
 4. Nach der in der Fortschreibung vorgesehenen Ausweitung des Raums mit besonderem Handlungsbedarf würde fast die Hälfte des bayerischen Territoriums zu dieser Kategorie von Gebieten zählen, die strukturelle Schwächen aufweisen. Dies stünde in Widerspruch zu der weitgehend positiven Entwicklung des Landes, welche die Staatsregierung in den Raumordnungsberichten nach Art. 32 BayLplG gegenüber dem Landtag dargestellt hat. Eine solche intransparente Ausweitung dieser Gebietskategorie würde eine Förderpolitik nach dem Gießkannenprinzip begünstigen und damit zulasten der wirklich bedürftigen Gemeinden und Landkreise gehen. Auch bei der Überprüfung des Raums mit besonderem Handlungsbedarf sollten die Arbeiten der Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ samt den dabei entwickelten Indikatoren und Zielangaben berücksichtigt werden.

5. Im Bereich der Energieversorgung fehlt schon im geltenden LEP 2013 ein umfassendes, messbares und den konkreten Anforderungen der Energiewende entsprechendes Konzept. Die Anfügung eines Grundsatzes für Höchstspannungsfreileitungen vermag diesen Mangel nicht zu beheben und wäre wohl auch auf seine Notwendigkeit hin zu überprüfen, nachdem der Ausbau des Höchstspannungsübertragungsnetzes für die Versorgung Bayerns mit Strom nunmehr im Wesentlichen nicht mehr durch Freileitungen, sondern durch die Verlegung von Erdkabeln erfolgen soll.

Es ist darauf hinzuweisen, dass mit dem in der Pressemitteilung Nr. 130 des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat vom 28. März 2017 enthaltenen Schlagwort „Entscheidungsträger vor Ort wissen am besten, was für ihre Heimat gut ist“, die Landesplanung als Aufgabe des Staates (Art. 1 Abs. 4 BayLplG) insgesamt in Frage gestellt würde. Damit wird die Steuerungsfunktion der Landesplanung als (überörtliche) Planung des Staates in ihrem Verhältnis zur (örtlichen) Planung der Kommunen völlig verkannt. So sind die im LEP und in den Regionalplänen festzulegenden Ziele der Raumordnung bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen kommunaler Gebietskörperschaften zu beachten (Art. 3 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit Art. 2 Nr. 5 BayLplG); Bauleitpläne sind den Zielen der Raumordnung anzupassen (§ 1 Abs. 4 des Baugesetzbuchs – BauGB). Diese vom Bundes- und Landesgesetzgeber vorgegebene Planungshierarchie würde gleichsam auf den Kopf gestellt, wenn sich das LEP inhaltlich weitgehend an kommunalen Wünschen orientierte. Es gibt nicht nur eine auf dem Selbstverwaltungsrecht beruhende kommunale Planungshoheit, sondern auch eine übergeordnete Planungshoheit des Staates, die von Staatsregierung und Landtag gemeinsam im Interesse gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern wahrzunehmen ist.

Das LEP 2013 und die vorliegenden Änderungsvorschläge enthalten keinerlei Ansätze, um dem fortschreitenden Flächenverbrauch in Bayern zu entgegen. Das Anbindegebot allein, das als festes Ziel in der Landesplanung verankert bleiben muss, ist kein wirksames Mittel, um den Flächenverbrauch zu bekämpfen. Hier muss im Rahmen der LEP-Fortschreibung ein Konzept entwickelt werden, um dem Kernziel „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ in Zukunft deutlich mehr Gewicht zu verleihen, damit der Flächenverbrauch reduziert werden kann.



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau
und Verkehr, Energie und Technologie**

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**
Drs. 17/16764

LEP-Änderung zurückziehen - überarbeitete Fassung vorlegen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Thorsten Glauber**
Mitberichterstatter: **Walter Nussel**

II. Bericht:

1. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 67. Sitzung am 1. Juni 2017 beraten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Erwin Huber
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. **17/16764, 17/18543**

LEP-Änderung zurückziehen – überarbeitete Fassung vorlegen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Erwin Huber

Abg. Annette Karl

Abg. Joachim Hanisch

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Walter Nussel

Abg. Florian von Brunn

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Thomas Gehring

Abg. Klaus Holetschek

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Claudia Stamm

Staatsminister Dr. Markus Söder

Abg. Herbert Woerlein

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Antrag der Staatsregierung

Zustimmung zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (Drs. 17/16280)

hierzu:

Antrag der Abgeordneten Erwin Huber, Jürgen Baumgärtner, Dr. Otmar Bernhard u. a. (CSU)

Teilfortschreibung Landesentwicklungsprogramm Bayern;

Änderungen zu § 1 Nr. 6.1.2 ("Höchstspannungsfreileitungen") (Drs. 17/17060)

und

Antrag der Abgeordneten Erwin Huber, Barbara Stamm, Christine Haderthauer u. a. (CSU)

zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern;

Einführung der Zentralörtlichen Stufe "Regionalzentren" und Aufstufung weiterer Zentraler Orte (Drs. 17/17232)

und

Antrag der Abgeordneten Erwin Huber, Karl Freller, Dr. Otmar Bernhard u. a. (CSU)

zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern;

Anbindegebot (Drs. 17/17233)

und

Antrag der Abgeordneten Erwin Huber, Karl Freller, Dr. Otmar Bernhard u. a. (CSU)

**zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern;
Anbindegebot ([Drs. 17/17234](#))**

und

**Antrag der Abgeordneten Erwin Huber, Karl Freller, Dr. Otmar Bernhard u. a.
(CSU)**

**zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern;
Einzelhandelsziel ([Drs. 17/17235](#))**

und

**Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a.
(SPD)**

LEP I: Das Landesentwicklungsprogramm als starker Rahmen für eine wirtschaftlich starke und nachhaltige Entwicklung Bayerns ([Drs. 17/13330](#))

und

**Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a.
(SPD)**

**LEP II: Zersiedelung und Versiegelung stoppen, Entwicklung fördern
([Drs. 17/13331](#))**

und

**Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a.
(SPD)**

LEP III: Anbindegebot zukunftsfähig machen ([Drs. 17/13332](#))

und

**Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a.
(SPD)**

LEP IV: Vorhandene Knoten im Netz der Daseinsvorsorge stärken

(Drs. 17/13333)

und

Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a.

(SPD)

LEP V: Verpflichtendes, professionelles, regionales Flächenmanagement

(Drs. 17/16841)

und

Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a.

(SPD)

LEP VI: Flächensparen (Drs. 17/16934)

und

Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a.

(SPD)

LEP VII: Keine Änderung des Alpenplans zugunsten wirtschaftlicher Einzelinteressen (Drs. 17/17146)

und

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

LEP-Änderung zurückziehen - überarbeitete Fassung vorlegen (Drs. 17/16764)

und

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schutz der Bayerischen Kulturlandschaft - Zersiedelung stoppen

(Landesentwicklung I) ([Drs. 17/16676](#))

und

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig
u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen - Starke Zentren und
gezielte Förderung ländlicher Regionen (Landesentwicklung II) ([Drs. 17/16677](#))**

und

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig
u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Schönheit der Bayerischen Alpen bewahren - Unberührte Ruhezone erhalten
(Landesentwicklung III) ([Drs. 17/16678](#))**

und

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig
u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Das Gesicht unserer Dörfer bewahren - Discounter am Ortsrand vermeiden
(Landesentwicklung IV) ([Drs. 17/16679](#))**

und

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig
u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Evaluierung der Landesplanung - Erfolgskontrolle statt Hochglanzbroschüren
(Landesentwicklung VI) ([Drs. 17/16681](#))**

und

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig
u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Gezielte Förderung statt Gießkannen-Prinzip - Raum mit besonderem Handlungsbedarf auf bedürftige Kommunen zuschneiden (Landesentwicklung VII) (Drs. 17/17240)

Vorweg mache ich darauf aufmerksam, dass von den Fraktionen zu vier der hierzu mit aufgerufenen einschlägigen Anträge namentliche Abstimmung beantragt wurde.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Fraktionen eine Gesamtredezeit von 26 Minuten vereinbart haben. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Der erste Redner ist der Kollege Erwin Huber.

(Erwin Huber (CSU): Frau Präsidentin, Sie meinen sicher 96 Minuten!)

– Manchmal wären 26 Minuten gar nicht verkehrt. Ich meine natürlich 96 Minuten.

Erwin Huber (CSU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Üblicherweise wird das Landesentwicklungsprogramm einmal in der Legislaturperiode überdacht und fortgeschrieben. Im März dieses Jahres hat die Staatsregierung einen Entwurf vorgelegt. Im federführenden Wirtschaftsausschuss haben wir diesen Entwurf in mehreren Sitzungen intensiv beraten. Es hat auch eine Anhörung dazu stattgefunden, die sehr fruchtbar gewesen ist. Heute kommen wir zur Endberatung. Jedoch halte ich es für sinnvoll, zunächst eine kurze Bilanz über die Entwicklung Bayerns in den letzten 10 bis 20 Jahren zu ziehen. Die Bilanz soll nicht nur insgesamt gezogen werden; denn insgesamt stehen wir ja hervorragend da, sondern auch in den Teilräumen. Es hat keinen Sinn, wenn manche wachsen und andere zurückbleiben. Aber es ist schwierig, die Entwicklungen in den Teilräumen in Parametern zu erfassen. Dennoch möchte ich ein paar herausgreifen.

Wichtig sind sicherlich die Arbeitsplätze. Vor 20 Jahren war die Arbeitslosigkeit in Oberfranken um 50 % höher als in Oberbayern. Im Oktober 2017 war die Arbeitslosigkeit in Oberfranken gerade einmal um 10 % höher als in Oberbayern. Oberfranken hat

also in dieser Zeit ungeheuer aufgeholt. Damit wurde ein wichtiger Beitrag für die Menschen in Oberfranken und für den gesamten Freistaat geleistet.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte noch einen zweiten Bereich aus dem Arbeitsmarktsektor in Zahlen darstellen. Im Oktober 2017 sind die Oberpfalz mit 2,5 % und Niederbayern mit 2,6 % die beiden Regierungsbezirke mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit. Niederbayern ist eine Aufsteigerregion. Von daher sind die Zahlen keine Überraschung.

(Annette Karl (SPD): Viel besser, viel besser!)

Für die Oberpfalz ist es natürlich eine Überraschung. Meine Damen und Herren, wer vor 20 Jahren nach Bayern geschaut hat, hat Wachstum lediglich in Oberbayern und in den Städten beobachten können. Nie und nimmer hätte jemand vorhergesagt, dass die zwei Regierungsbezirke Oberpfalz und Niederbayern in der Arbeitsmarktbilanz die besten Zahlen ganz Bayerns aufweisen würden.

(Beifall bei der CSU)

Ein weiterer Bereich sind die Forschungseinrichtungen. Gott sei Dank gibt es in Bayern große Bereitschaft unter den Universitäten und Fachhochschulen, Außenstellen für Forschungseinheiten einzurichten. Über die letzten zehn Jahre ist bei der Anzahl von Forschungseinrichtungen im ländlichen Raum ein deutliches Wachstum zu verzeichnen. Früher war der ländliche Raum die verlängerte Werkbank. Heute befindet sich dort auch ein Wachstumskern für Innovationen. Das ist ein gewaltiger Schritt nach vorne für die ländlichen Räume.

Auch die Versorgung von Familien mit Plätzen in Kindertageseinrichtungen ist ein zusätzlicher Bereich. Auf die ländlichen Räume kann hier ein gewaltiges Loblied gesungen werden. Alle Familien, die ihre Kinder in Kindertagesstätten oder Kindergärten bringen wollen, finden im ländlichen Raum ein qualitativ sehr hochwertiges und quanti-

tativ völlig ausreichendes Angebot vor. Ich wage zu behaupten, dass im ländlichen Raum keine Familie zurückgeschickt wird, weil kein Kitaplatz zur Verfügung steht.

(Beifall bei der CSU)

Wissen Sie, wo die Familien zurückgeschickt werden? – In München, in Nürnberg, in den SPD-regierten Städten!

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD – Margit Wild (SPD): Immer dieselbe Leier!)

Sie reden zwar davon, Kita-Plätze zu schaffen, aber in den Kommunen, in denen die SPD die Verantwortung trägt, hat sie kläglich versagt.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Ich gestehe Ihnen zu, dass der Bedarf in den Großstädten ein anderer ist. Es ist auch keine Überraschung, dass der Bedarf in Großstädten höher ist. Wenn ich in die ländlichen Räume schaue, sehe ich prächtige Kindertageseinrichtungen. Wenn ich nach München schaue, sehe ich, dass sich viele dieser Kindertageseinrichtungen in Hinterhöfen ohne Grün befinden. Dort fehlt es an Qualität und an Quantität.

(Beifall bei der CSU – Margit Wild (SPD): Das ist eine Unverschämtheit, was Sie hier sagen!)

Die Frage lautet: Entwickelt sich das Land in allen Facetten gleichmäßig? Ich sage Ihnen, der ländliche Raum hat in den letzten 10 bis 20 Jahren nicht nur enorm aufgeholt, sondern die Großstädte in vielen Bereichen, zum Beispiel bei der Bereitstellung von Wohnraum, überholt. Meine Damen und Herren, das ist eine gute Entwicklung für das Land.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte den zuständigen Heimatminister sehr loben, nicht nur für den Entwurf des LEP, sondern auch für seine Initiative, Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst aus den Ballungsgebieten in die ländlichen Räume zu verlagern. Die heutige Technologie gibt dazu auch die Möglichkeiten.

(Beifall bei der CSU)

Herr Staatsminister Dr. Söder, eine so starke Initiative wie die heutige, die den Menschen im öffentlichen Dienst wohnortnahe Arbeitsplätze zur Verfügung stellt, hat es bisher noch nicht gegeben. Deshalb möchte Sie die CSU-Fraktion ermuntern, auf diesem Weg konsequent weiterzugehen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wir sagen nicht, dass wir in Bayern das Paradies haben oder dem Paradies ähnlich sind.

(Margit Wild (SPD): Warum nicht?)

– Weil wir demütig und bescheiden sind. Ich bin dafür ein Musterbeispiel.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD)

Aber eines ist doch klar: Bayern steht unter allen 16 Bundesländern am besten da. Was mich noch mehr freut, ist die Tatsache, dass wir keinen großen Unterschied mehr zwischen Stadt und Land haben.

(Margit Wild (SPD): Das stimmt doch gar nicht!)

Die ländlichen Räume haben sich unglaublich gut entwickelt. Sie haben Chancen. Heute können wir sagen: Die Kinder, die im ländlichen Raum aufwachsen, haben die gleichen Chancen wie die Kinder, die in der Großstadt aufwachsen. Ich meine, dass die Lebensbedingungen von Kindern auf dem flachen Land und im ländlichen Raum, was die Qualität betrifft, oft besser als in den Ballungsräumen sind.

(Beifall bei der CSU)

Wir nehmen heute bei einigen wichtigen Punkten, die ich nennen möchte, eine Teilfortschreibung des LEP vor: Wir erweitern die Gebietskulisse "Raum mit besonderem Handlungsbedarf". Ich halte es für erstaunlich, dass inzwischen auch Gebiete des östlichen und südlichen Oberbayerns in die Gebietskulisse mit besonderem Handlungsbedarf hineingekommen sind. Für Oberfranken und Teile Unterfrankens wird es im Rahmen dieser Gebietskulisse mehr Möglichkeiten der staatlichen Förderung geben. Ich nehme an, dass damit alle einverstanden sind.

Beim Thema "Zentrale Orte" werden wir Veränderungen bei den Kategorien vornehmen. Wir haben für die Metropolregionen München, Nürnberg und Augsburg eine besondere Kategorie im LEP geschaffen. Wir haben sogar eine neue Ebene eingeführt, die bei uns "Regionalzentrum" heißt. Eigentlich wird diese Ebene in der wissenschaftlichen Literatur als "Regiopole" bezeichnet. In Bayern zählen dazu die Städte Ingolstadt, Regensburg und Würzburg. Ich möchte diese drei Städte auffordern und ermuntern, die Möglichkeiten, die damit verbunden sind, ganz offensiv zu nutzen.

Durch unseren Ergänzungsantrag schaffen wir eine Reihe von neuen Oberzentren. Dazu gehört die Stadt Dingolfing mit BMW, dazu gehören auch die Städte Cham, Weilheim, Günzburg und Dillingen. Für diese Städte ist das eine gute Aufwertung. Für diese Städte ist damit aber auch eine Aufgabe verbunden.

In der öffentlichen Diskussion und in der Anhörung war das Thema Anbindegebot sehr strittig. Das Anbindegebot geistert als Schlagwort herum, das keiner versteht. Damit ist gemeint, dass neue Flächen für das Wohnen, für das Gewerbe und für den Handel an bestehende Siedlungen unmittelbar angebunden werden sollen. Das ist auch richtig. Schon jetzt gibt es eine ganze Reihe von Ausnahmen, beispielsweise für große Logistikzentren. Große lärm- und schadstoffemittierende Betriebe können natürlich nicht in der Nähe eines Wohngebiets errichtet werden. Wir erweitern diese Ausnahmemöglichkeiten nur um einen ganz kleinen Punkt: Auch für Handwerksbetriebe und für den Mit-

telstand können künftig Abweichungen vom unmittelbaren und harten Anbindegebot vorgenommen werden.

Daraufhin gab es heftige Vorwürfe, dies würde zu einer Zersiedelung der Landschaft führen. Deshalb haben wir die Informationen aus der Anhörung genutzt und zusammen mit der Staatsregierung, dem Finanzminister und auch mit dem Ministerpräsidenten überlegt, wie hier eine sinnvolle Begrenzung erreicht werden kann. Wir schlagen Ihnen heute vor, die Erleichterung des Anbindegebots einzugrenzen; dabei muss das Orts- und Landschaftsbild beachtet werden. Besser angebundene Alternativstandorte sollen den Vorrang bekommen.

(Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Gott sei Dank habt ihr da dazugelernt!)

– Herr Kollege, im Gegensatz zu Ihnen sind wir ja lernfähig. – Meine Damen und Herren von der Opposition, ich könnte Ihnen sogar ein Lob aussprechen; denn die Opposition hat diese Anhörung beantragt. Wir haben die Informationen aufgenommen. Ich muss aber auch sagen: Wir brauchen diese Veränderung, weil sich viele Gemeinden heutzutage auf dem sehr engen Immobilienmarkt schwertun, Flächen zu bekommen. Wir müssen hier den Gemeinden ein bisschen mehr Spielraum geben.

Damit wird auch der Spekulation entgegengewirkt; denn wenn jemand Bauerwartungsland hat und weiß, dass die Gemeinde genau auf seine Fläche angewiesen ist, wird der Preis nahezu ins Unermessliche steigen. Deshalb sollten die Gemeinden die Möglichkeit haben, Alternativen zu suchen. Damit wird einer solchen Spekulation entgegengewirkt. Meine Damen und Herren, das Thema Flächenverbrauch ist am Anbindegebot eigentlich falsch aufgehängt; denn der Verbrauch der Fläche ist bei einem angebundenen Gewerbegebiet und einem Gewerbegebiet, das etwas weiter entfernt von einer Ortschaft entsteht, gleich.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Schmarrn!)

– "Schmarrn" ist kein Argument. Offenbar verfügen Sie über keine Argumente.

(Beifall bei der CSU)

Ein Grundschulkind kann Ihnen erklären, dass der Flächenverbrauch eines Gewerbegebiets mit 30.000 oder 50.000 m² gleichbleibt, unabhängig davon, ob dieses Gewerbegebiet am Ortsrand einer Gemeinde oder etwas weiter entfernt davon entsteht. Ich glaube, es ist unsere gemeinsame Zielsetzung, dass wir den Flächenverbrauch insgesamt reduzieren wollen.

Die Oppositionsparteien fordern einerseits, wir bräuchten mehr Wohnraum und mehr Arbeitsplätze, andererseits sagen die GRÜNEN, es dürfe kein Quadratmeter freie Fläche in Anspruch genommen werden. Das ist unreal!

(Beifall bei der CSU)

Wir stehen vor der schwierigen Aufgabe, beim Wachstum, bei den Arbeitsplätzen, beim Wohnen und bei der Reduzierung des Flächenverbrauchs eine Optimierung erreichen zu müssen. Ich glaube, dass wir dazu auch noch mehr Möglichkeiten haben. Die GRÜNEN führen jedoch einen Frontalangriff auf die Kommunen. Wir wollen zusammen mit den Gemeinden eine Lösung finden, nicht gegen die Gemeinden.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Weil es gerade so schön ist, möchte ich noch einen letzten strittigen Punkt aufgreifen, nämlich die Veränderung der Zone C im Alpenplan. In den Zeitungen habe ich gelesen und im Rundfunk gehört, dass heute angeblich über eine neue Skischaukel im Allgäu entschieden werde. Das ist nicht ganz falsch, aber auch nicht richtig; denn der Bayerische Landtag erteilt natürlich keine Baugenehmigung. Dem Landtag liegt auch kein Antrag der beteiligten Gemeinden vor. Das ist auch nicht unsere Aufgabe.

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Widerspruch des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Herr von Brunn, Sie nehmen das gerne wahr als Möglichkeit zur Profilierung. Sie haben gegen Frau Kohnen verloren, das lässt sich auch nicht mehr ändern.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Lebhaftige Zurufe von der SPD und den GRÜNEN – Glocke der Präsidentin)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte beruhigen Sie sich, der Kollege Huber hat das Wort.

Erwin Huber (CSU): Ich mische mich da gar nicht ein, aber wenn Sie mich als Berater brauchen – –

(Dr. Paul Wengert (SPD): Sie haben Erfahrung damit! – Beifall bei der SPD – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Honorarfrei geht das natürlich nicht. – Aber jetzt kommen wir zum Riedberger Horn zurück. Wir nehmen im LEP die formelle Änderung vor, dass aus dieser höchst beruhigten Zone C in der Tat 80 Hektar herausgenommen werden, aber als Kompensation 300 Hektar aufgenommen werden. Unter dem Strich wird damit die Zone C des Alpenplans um 220 Hektar größer. Darum verstehe ich den Frontalangriff von Naturschützern gegen diese Änderung nicht. Eigentlich sollten sie sich darüber freuen, dass in der beruhigten Zone C die Fläche um mehr als 200 Hektar zunimmt. Das ist positiv, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wenn ich hier nun aufhören würde, wäre es allerdings nicht ganz ehrlich, das gebe ich zu. Da ich ein grundehrlicher Mensch bin, füge ich den nächsten Punkt hinzu: Die Frage ist natürlich: Warum wird dieser Flächentausch gemacht? – Er wird gemacht, um die 80 Hektar, die herausgenommen werden, möglicherweise für eine Planung der zwei beteiligten Gemeinden zu öffnen. Nun weiß ich, dass dort im Allgäu – Kollege Holetschek wird noch intensiver darauf eingehen – seit 20 Jahren über Skischaukel, über Modernisierung und dergleichen mehr gestritten wird. Wir sehen einen Glaubens-

krieg mit verfestigten Fronten. Es geht nichts weiter. Wir wollen eine Befriedung herbeiführen. Das heißt, wenn wir die Tür öffnen – ich räume ein, dass wir mit den 80 Hektar die Tür öffnen – für eine kommunale Planung, ist die Frage, was gebaut wird und in welchem Umfang, nicht jetzt zu entscheiden, sondern die Gemeinde muss entsprechende Bauanträge stellen. Da muss nach Baurecht, dem Baugesetzbuch des Bundes, und nach Naturschutzrecht entschieden werden, ob diese Planungen mit dem Bundesrecht und dem Landesrecht vereinbar sind.

Wir wollen eine sinnvolle Kompromisslösung. Wir eröffnen damit die Möglichkeit, dass dort einmal geplant wird, dass die Kommunen ihre Pläne vorlegen, dass das im Landratsamt und bei den Naturschutzbehörden geprüft wird. Das heißt, wir geben heute kein grünes Licht für irgendeine Maximalplanung zur Zerstörung der Alpen, sondern wir öffnen die Tür für vernünftige Verfahren, die jetzt kommen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Das ist das Gegenteil von Wahrheit und unseriös, was Sie sagen!)

Zusammengefasst ist diese Änderung des LEP eine Stärkung des ländlichen Raumes, eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, auch eine Stärkung der Chancen von Metropolregionen und von Regionalzentren, also ein bedeutender, sehr guter Schritt für Bayerns Zukunft ist. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Karl.

Annette Karl (SPD): Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Huber, Sie haben wirklich sehr schön geplaudert, aber ich denke, wir stellen jetzt doch mal die Kuh über den Eimer, sprich wir reden über das, worum es heute geht, nämlich über den konkreten Verordnungsentwurf.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Landesentwicklungsprogramm ist nach eigener Angabe der Staatsregierung – ich zitiere – das fächerübergreifende Zukunftskonzept der Staatsregierung für die räumliche Ordnung und Entwicklung Bayerns; sein Ziel ist der Erhalt und die Schaffung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist damit in Deutschland in einer wirklich einzigartigen Situation. Auf Initiative der SPD wurde dieses Ziel gleichwertiger Lebensbedingungen auch in die Verfassung aufgenommen. Bayern geht damit einen positiven Sonderweg, der es von den anderen Bundesländern unterscheidet, die mehr auf passive Sanierung und ähnliche Themen setzen. Auch die Europäische Union geht leider den Weg der immer weiteren Urbanisierung und der Konzentration auf Städte, nicht der Entwicklung ländlicher Räume.

Dieses Landesentwicklungsprogramm ist ein wichtiger Baustein bei der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Wir haben in der Diskussion zu diesem Verordnungsentwurf eine Anhörung gemacht. In der Anhörung ist noch einmal ganz deutlich geworden, dass es um Ausgleich zwischen strukturschwachen und strukturstarken Regionen geht, aber natürlich auch um einen Ausgleich zwischen Umweltbelangen und den Erfordernissen von wirtschaftlicher Entwicklung. Gerade den strukturschwachen Regionen muss wirtschaftliche Weiterentwicklung ermöglicht werden. Die Meinungen darüber, wie man diesen Ausgleich schaffen kann, was vor Ort geregelt werden kann und was letztendlich landesweit vorgegeben werden muss, gehen allerdings auseinander. Ich weiß, der Ausgleich zwischen Ökologie und Ökonomie ist nicht einfach und kostet Anstrengung. Aber das ist eine Anstrengung, die wir für eine gute Entwicklung Bayerns, auch für unsere Kinder und Enkel unternehmen müssen.

Herr Minister Söder, Sie haben sich dieser Anstrengung nicht unterzogen. Sie ignorieren die Nachhaltigkeitsstrategien Ihrer eigenen Staatsregierung. Sie ignorieren den fä-

cher- und themenübergreifenden Anspruch des Landesentwicklungsprogramms, indem Sie wichtige Zukunftsherausforderungen wie die Bevölkerungsentwicklung in den Städten mit all den Auswirkungen auf Verkehr, auf Wohnraum und Umwelt vollkommen außen vor lassen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Landesentwicklungsprogramm setzt den rechtlichen Rahmen der Landesentwicklung und trifft klare Vorgaben im Umgang mit Raumkonkurrenzen. Die Entwicklung der Kommunen läuft dann innerhalb dieser Leitplanken. Die Idee, Regionen mit besonderem Förderungsbedarf auszuweisen und sie mit erhöhten Fördermitteln zu bedenken, ist an sich eine gute Sache. Wenn Herr Minister dann aber in einem so reichen und erfolgreichen Land – der Kollege Huber hat sehr breit ausgeführt, wie erfolgreich und wie reich Bayern ist, ich will das auch gar nicht bestreiten – über 50 % der Kommunen als besonders bedürftig tituliert, stimmt mich das bedenklich.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man dies aber macht und meint, dass über 50 % aller Kommunen in Bayern besonders bedürftig seien, dann muss sich dies auch im Haushalt des Freistaates abbilden, dann muss man die Fördermittel, die für diese Kommunen zur Verfügung gestellt werden, deutlich erhöhen; denn sonst bleibt für einzelne Kommunen einfach zu wenig übrig.

(Beifall der Abgeordneten Margit Wild (SPD))

Ich kann einen Kuchen nicht auf immer mehr Esser verteilen und mich dann wundern, wenn die Kuchenstücke kleiner werden. Da muss man etwas größer backen, sprich man muss deutlich mehr in den Haushalt einstellen, als momentan geplant ist. Wir können deshalb auch dem Antrag der GRÜNEN zu den Räumen mit besonderem Handlungsbedarf leider nicht zustimmen; denn – wie gesagt – wir sind der Meinung,

der Kuchen muss größer werden, wenn die Esser mehr geworden sind, und nicht umgekehrt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einige Experten haben in der Anhörung gefordert, im Raum mit besonderem Handlungsbedarf nochmals einen extra Raum mit ganz besonderem Handlungsbedarf auszuweisen, sprich für besonders bedürftige Kommunen, und die Fördergelder erst einmal dort zu konzentrieren. Über diese Anregung hätte man sicherlich vertieft diskutieren müssen; aber wie alle anderen Anregungen in der Anhörung ist auch diese spurlos am Ministerium und seinem Chef vorbeigezogen.

(Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Leider!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben dem Änderungsantrag der CSU einstimmig zugestimmt, was Mindestabstände von Freileitungen bei Stromtrassen angeht. Ich denke, das ist eine gute Sache zum Schutz der Bevölkerung. Aber ich erwarte von den möglichen Koalitionären in Berlin schon, dass sowohl der Südostring als auch der Bayernring komplett unter die Erde verbuddelt werden, und zwar in einem Graben. Es kann nicht sein, dass der Südostring unter der Erde und der Neubau des Bayernrings darüber liegt. Das ist planerischer Schwachsinn und nicht zu dulden.

(Beifall bei der SPD)

Wenn die Staatsregierung im Auftrag des Landtags ein Gutachten zur Entwicklung der Zentralen Orte in Auftrag gibt, erwartet man eigentlich als gemeiner Parlamentarier, dass dieses Gutachten dann wenigstens gelesen wird und vielleicht auch seine Anregungen aufgenommen werden. Minister Söder hat es sich da sehr einfach gemacht. Er hat zum Beispiel am 11. Mai im Wirtschaftsausschuss gesagt, Gutachten seien nicht immer mit der Realität in Einklang zu bringen. Der Entwurf der LEP-Fortschreibung nimmt dann konsequenterweise auch keinen einzigen Vorschlag der Gutachter auch nur ansatzweise auf. Hier wird also nach dem Motto gehandelt: Trau nur dem Gutachten, das deine eigene Sicht der Dinge und deine eigenen Vorurteile bestätigt; der Rest wird ignoriert. Lieber Minister Söder, so beratungsresistent zu sein, ist aber

keine Empfehlung für einen Politiker, vor allen Dingen nicht für einen so ehrgeizigen wie Sie.

In dem Gutachten – wir haben das gelesen – ging es um die Sinnhaftigkeit, die Aufgaben, die Verteilung im Land und die Funktionen der Zentralen Orte. Die Zentralen Orte sind die Knoten im Netz der Daseinsvorsorge, und der Staat entwickelt über diese Zentralen Orte das Land und sorgt dafür, dass sie ihre Aufgaben im Rahmen der Daseinsvorsorge erfüllen können. Wir als SPD-Fraktion stehen klar hinter dieser Vorstellung von Zentralen Orten, die sich in der Entwicklung Bayerns sehr bewährt hat. Leider gibt es in der Staatsregierung seit einigen Jahren eine andere Auffassung zu dem Thema der Zentralen Orte. Für sie ist ein Zentraler Ort nur noch ein Titel, den man einer Kommune gibt, die dann damit machen kann, was sie will, und die es auch bleiben lassen kann. Eine Unterstützung für die damit verbundenen Aufgaben kann sie vonseiten der Staatsregierung aber nicht mehr erwarten.

In der Konsequenz wird die Anzahl der Zentralen Orte auch massiv erhöht. Wenn selbst der Bayerische Gemeindetag in der Anhörung sagt, dass es jetzt des Guten zu viel ist, sollte man das ernst nehmen und sich überlegen, dass man erst einmal die Aufgaben vernünftig diskutiert und dann darüber nachdenkt, wie viele Zentrale Orte welcher Stufe man dafür braucht, und nicht umgekehrt.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in dem Gutachten wird gefordert – das ist wirklich die wichtigste Forderung –, den einzelnen Zentralen Orten eine klare Entwicklungskonzeption mitzugeben. Das ist vor allen Dingen wichtig für die neuen grenzüberschreitenden Zentralen Orte, die Sie, Kollege Huber, gar nicht erwähnt haben. Denn natürlich müssen grenzüberschreitende Zentrale Orte andere Funktionen und Aufgaben haben als die normalen Zentralen Orte. Wenn ich als Schüler in Waldsassen wohne, kann ich nicht in Eger zur Schule gehen, und wenn mir in Waldsassen mein Portemonnaie geklaut wird, kann ich nicht in Eger zur Polizei gehen, um dort den Diebstahl an-

zuzeigen. Also müssen wir uns erst einmal überlegen, welche Aufgaben grenzüberschreitende Zentrale Orte zu erfüllen haben. Dazu steht im kompletten Landesentwicklungsprogramm überhaupt nichts außer dem dürren Satz, die Kommunen mögen sich überlegen, was sie mit dem Titel anfangen. Nun ist es so, dass zum Beispiel Waldsassen sehr gut unterwegs ist, indem die dortigen Verantwortungsträger Konzeptionen für ihren speziellen grenzüberschreitenden Zentralen Ort entwickeln. Aber ich denke, es ist Aufgabe des Staates, sich, bevor er eine solche Kategorie einführt, einmal zu überlegen, was das eigentlich überhaupt sein soll.

Das Gleiche gilt für die neue Kategorie der Metropolen. Auch hier ist kein Konzept hinterlegt. Es ist nicht klar, wie sich die Metropolen im Verhältnis zu den Metropolregionen verhalten sollen, welche Verbindungen es gibt und was denn nun eigentlich das grundsätzlich Neue an den Metropolen ist.

Die Krönung in dem internen Wettbewerb von Staatsregierung und CSU um den schönsten Titel für einen Zentralen Ort ist der neue Titel der Regionalzentren. Er wurde nach einer Anhörung, in der wirklich niemand auch nur ansatzweise eine solche Kategorie gefordert hat, plötzlich über einen CSU-Änderungsantrag eingeführt. Das war ein Schnellschuss ohne jede Konzeption und ohne jede Aufgabenbeschreibung. Ich vermute, es gab nur das vage Gefühl, man könne doch nicht Orte wie Würzburg und Weiden in einen Topf werfen, da müsse man schon noch eine Differenzierung vornehmen. Aber so ein vages Gefühl hat nichts mit Politik zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im letzten Landesentwicklungsprogramm wurde die Anzahl der Zentralitätsstufen mühselig reduziert, um das System praktikabel zu halten. Jetzt ist man wieder bei der alten Anzahl, nur um, wie gesagt, Titel statt Mittel zu verteilen. Wir sind der Meinung: Geben Sie den Kommunen endlich die ausreichende Unterstützung, die sie brauchen, sprich einen größeren Anteil am kommunalen Finanzausgleich, statt nur schön klingende Titel.

Es ist schon obskur, wenn man auf der einen Seite aus Würzburg ein Regionalzentrum macht und diesem auf der anderen Seite gegen den Rat aller Experten das Staatsarchiv klaut. Das ist keine konsistente und keine durchdachte Politik; denn gerade die Zentralität des Ortes Würzburg bedingt ja, dass dort Einrichtungen wie das Staatsarchiv angesiedelt sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich komme noch zum Anbindegebot. Zunächst einmal, lieber Kollege Huber, macht es natürlich einen Unterschied im Flächenverbrauch, ob ein Gewerbegebiet angebunden ist oder nicht, es sei denn, Sie schaffen alle Mitarbeiter und alle Materialien per Hub-schrauber in das neue, nicht angebundene Gewerbegebiet. Andernfalls brauchen Sie Straßen und Versorgungsleitungen, und daraus ergibt sich natürlich ein Flächenbedarf.

Aber zum Anbindegebot. Herr Minister Söder hat gesagt, ihn interessierten da nicht die Gutachten oder die Anhörung, sondern nur die Stellungnahmen der Betroffenen, und das sind aus seiner Sicht die Bürgermeister. Ja, die Bürgermeister sind betroffen. Aber betroffen sind auch die Natur und die Landschaft. Deshalb geht es hier wieder um einen Ausgleich, um die Interessen in Einklang zu bringen. Dafür haben wir das LEP. Wir müssen den Flächenverbrauch und die Flächenversiegelung in den Griff bekommen. Regierungskunst besteht meiner Meinung nach darin, die Bedürfnisse nach Senkung des Flächenverbrauchs mit den Interessen einer wachsenden Industriegesellschaft in Einklang zu bringen. Aber, Minister Söder, Ihr Entwurf ist keine Regierungskunst. Er ist noch nicht einmal solides Regierungshandwerk. Er ist auch kein Gesellenstück, er ist einfach nur Stümperei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die wirtschaftliche Entwicklung der Kommunen muss sichergestellt werden, das ist richtig, aber das Anbindegebot ist kein Entwicklungshindernis für Kommunen. 40 % Leerstand an Gewerbeflächen in Bayern sprechen hier eine deutliche Sprache. Um

Gewerbe anzusiedeln, braucht es mehr als eine Fläche. Wir brauchen gute Standortfaktoren wie Breitbandversorgung und Verkehrsinfrastruktur, aber auch weiche Faktoren wie gute Kinderbetreuung und Nahversorgung und außerdem eine gute regionale Wirtschaftsförderung.

Es gibt sicher konkrete Problemfälle; ich habe mir letztes Jahr einen in Niederbayern angesehen. Aber für diese konkreten Problemfälle gibt es ja das Mittel der Zielabweichung. Bei der Betrachtung solcher Fälle kann man in Einzelfällen konkrete Lösungen finden. Ich brauche dafür nicht das komplette Anbindegebot aufzuweichen. Geplant war ja, Gewerbegebiete komplett entlang von Autobahnen zuzulassen und für interkommunale Gewerbegebiete überhaupt keine Einschränkungen mehr vorzusehen. Sie können jetzt auch mitten in der Pampa angesiedelt werden, Hauptsache, zwei Kommunen sind sich einig.

Nun – und das ist durchaus positiv zu sehen – hat die Anhörung die CSU-Fraktion durchaus zum Nachdenken angeregt. Es ist gut, dass sich die CSU dort auch einmal als lernfähig erweist. Das dauert immer elendig lange, aber das sind wir ja gewohnt. So wurde im Änderungsantrag der CSU eine Einschränkung aufgenommen, dass das Orts- und Landschaftsbild nicht wesentlich beeinträchtigt werden darf und dass kein alternativer Standort vorhanden sein darf. Das ist eine kleine Verbesserung – deshalb stimmen wir diesem Antrag auch zu –, aber wahrlich kein Grund zur Euphorie; denn die wesentliche Beeinträchtigung des Ortsbildes ist kein eindeutiger juristischer Begriff. Dies wird Auslegungssache der Regierungen sein und wird jede Menge gerichtlicher Auseinandersetzungen nach sich ziehen. Außerdem enthält das Baugesetzbuch bereits den Passus, dass eine Verunstaltung von Orts- und Landschaftsbildern zu vermeiden ist. Dies auch im LEP ausdrücklich zu betonen, ist sicher gut, aber kein ausreichender Schutz.

Lieber Kollege Huber, wenn sich jetzt die gesamte CSU-Fraktion für ihren großen Mut gegenüber ihrem eigenen Minister gegenseitig auf die Schultern klopft, dann erinnert mich das schon ein wenig an folgendes Bild: Ein Mann sieht, wie sein Kumpel ein

Haus anzündet, und schaut eine Zeit lang zu; dann holt er endlich die Feuerwehr und lässt sich dann dafür loben, dass nur der Dachstuhl abgebrannt ist und nicht das ganze Haus.

(Beifall bei der SPD)

Gescheiter wäre es gewesen, Sie hätten Ihrem Kumpel die Streichhölzer gleich zu Anfang weggenommen.

(Beifall bei der SPD)

Für das LEP heißt das: Die Aufweichung des Anbindegebots ist unnötig, auch in der jetzt vorliegenden Form.

Ähnliche Anmerkungen kann ich zum Bereich Tourismus machen. Sie erwecken immer den Eindruck, hier ginge es um die kleine Waldhütte irgendwo in der Idylle. Worum geht es aber im Verordnungsentwurf? – Um lärmende Freizeiteinrichtungen, sprich: zum Beispiel Gokart-Anlagen, die in Zukunft mitten in die Natur gebaut werden dürfen – eine Verschandelung von Heimat, wie es schlimmer nicht geht.

(Beifall bei der SPD)

Kommen wir noch zum Thema Einzelhandel. Im Ausschuss hatten wir das Problem aufgegriffen, dass viele kleine Geschäfte in einem Gewerbegebiet, über das ich ein Dach ziehe, auch großflächigen Einzelhandel ausmachen. Die CSU-Fraktion ist auf diese Kritik eingegangen und hat in einem Änderungsantrag eine Klarstellung vorgenommen. Diesem Änderungsantrag hätten wir auch gerne zugestimmt. Leider wird im zweiten Teil des Antrags eine Regelung eingeführt, dass Einzelhandelsgeschäfte bis 1.200 m² überall gebaut werden dürfen, auch ohne Berücksichtigung der Zentralität der Nachbarorte. Das ist für uns Blödsinn, wenn man, wie wir, das System der Zentralen Orte weiterhin als Steuerungssystem empfindet. Deshalb können wir diesem Antrag leider nicht zustimmen, obwohl der erste Teil sehr sinnvoll ist.

Der Reichtum an Natur macht die Schönheit Bayerns aus. Bayern hat den größten Flächenverbrauch in Deutschland. Deshalb hat das bayerische Wirtschaftsministerium bereits vor einigen Jahren eine eigene Nachhaltigkeitsstrategie aufgestellt. In dieser Nachhaltigkeitsstrategie heißt es: Wir streben eine Reduzierung des Flächenverbrauchs an bis langfristig hin zu einer Kreislaufflächenwirtschaft, sprich: Flächenverbrauch gleich null. Wir haben dann den Antrag gestellt, dieses eigene Ziel mindestens als Grundsatz ins LEP aufzunehmen. Dies hat die CSU abgelehnt. Daran sieht man: Was Sie zum Heimatschutz und Flächenverbrauch sagen, ist alles nur Blabla. Noch nicht einmal auf Ihre eigenen Ziele wollen Sie sich festlegen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Zum Thema Riedberger Horn spricht dann mein Kollege.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Kollege Hanisch.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Landesentwicklung – der Name sagt eigentlich schon, worum es geht. Über diesem Begriff Landesentwicklung müssen für mich und die Fraktion der FREIEN WÄHLER gleichwertige Lebensverhältnisse in unserem Bayernland stehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dem wird diese Änderung der Verordnung nicht gerecht. Wenn alles so gut ist, Herr Kollege Huber – vielleicht kann ich noch kurz darauf eingehen –, warum müssen wir dann diese Verordnung, die wir ja schon haben, durch eine weitere Verordnung ergänzen? – Meine Damen und Herren, sie muss ergänzt werden, weil wir viele Bereiche haben, in denen diese Gleichwertigkeit nicht gewährleistet ist.

Ich betrachte zum Beispiel das schnelle Internet. Meine Damen und Herren, in der letzten Legislaturperiode haben wir hier darüber gestritten, ob diese Aufgabe die Privatwirtschaft erledigt oder ob der Staat den Kommunen mit Zuschüssen helfen muss. Die Großstädte hatten schon 50 bis 100 Mbit/s, aber im ländlichen Raum war noch gar nichts. Meine Damen und Herren, ich gebe zu, das hat sich deutlich verbessert, deutlich geändert. Trotzdem haben wir nach wie vor eine Regelung, nach der, wenn eine EU-Förderung dabei ist, eben nur 30 Mbit/s für die Kommune gefördert werden. Meine Damen und Herren, das ist nicht mehr zeitgemäß. Wir müssen dagegensteuern, und wir müssen denjenigen Kommunen helfen, die sich noch in dieser Situation befinden und nur 30 Mbit/s haben, was – darüber müssen wir heute gar nicht lange diskutieren – nicht mehr zeitgemäß ist.

Ich betrachte auch die Verkehrsinfrastruktur und den öffentlichen Personennahverkehr im ländlichen Raum. Da ist keine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse vorhanden, und auch da bietet dieses LEP leider nur sehr wenig.

Heute gibt es in Bayern Landstriche, die gravierend Bevölkerung verlieren – nicht erst heute, sondern auch schon gestern und vorgestern, meine Damen und Herren. Dagegen muss man etwas tun; denn nur dort, wo Arbeitsplätze vorhanden sind, werden die Leute auch bleiben. Wenn die Arbeitsplätze fehlen, werden die Leute aus diesem Raum verschwinden. Wenn man heute einen Betrieb im strukturschwachen ländlichen Raum ansiedelt, hat er dort weitaus mehr Wirkung als in einem großen Gewerbegebiet in Stadtnähe. – Auch die Arztversorgung ist nicht in der Großstadt gefährdet, sondern im ländlichen Raum. All das sind Punkte, zu denen, wie ich meine, vieles in diesem LEP zu kurz kommt.

Lassen Sie mich nur noch einen Punkt als sporadisches Beispiel dafür anführen, wo wir in Bayern riesengroße Probleme haben: Das ist die Schwimmfähigkeit unserer Jugend. Ich höre, dass 50 % der Kinder in der Grund- und Hauptschule nicht schwimmen können. Dies hängt schon auch mit der Infrastruktur unserer Schwimmbäder und

mit der Förderkultur, die wir haben, zusammen. Insofern erhoffe ich mir von der Kommission, die eingesetzt ist, doch einige vernünftige und brauchbare Ergebnisse.

Meine Damen und Herren, die gleichwertigen Lebensverhältnisse müssen geschaffen werden, Unterschiede zwischen Stadt und Land müssen abgebaut werden. Herr Minister, wenn Sie sagen, dass die Unterschiede bei uns geringer als in anderen Bundesländern sind, heißt dies nichts anderes, als dass sie existieren und dass sie ausgeglichen werden müssen.

Was mich an der ganzen Geschichte auch etwas stört: Wir hatten ein Beteiligungsverfahren. Fachleute, Akademiker, Verbände, Kammern, alle möglichen Gruppen waren in diesem Beteiligungsverfahren; tolle Anregungen sind gekommen. An der Masse dieser Anregungen sind wir aber vorbeigeschlittert. Die Masse dieser Anregungen ist im Entwurf zur Änderung der Verordnung nicht enthalten. Für mich ist das wie eine Geisterfahrt, wie ein Schwimmen gegen den Strom.

Meine Damen und Herren, wir haben in diesem Landtag eine Enquete-Kommission, die sich seit drei Jahren mit dem Thema gleichwertige Lebensverhältnisse beschäftigt und nun kurz davor ist, ihren Bericht vorzulegen. Warum wartet man nicht den Bericht ab, um vielleicht noch das eine oder andere einbauen zu können? – Nein, das LEP kommt vier Wochen, bevor der Bericht verabschiedet werden wird. Das ist meines Erachtens eine Missachtung des Parlaments.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Nun ist auch plötzlich wieder jede zweite Kommune in Bayern ein Zentraler Ort. Damit kann man natürlich punkten, wenn man hinausgeht und der Kommune sagen kann: Du bist jetzt Zentraler Ort. – Mit einem Landesentwicklungsprogramm, mit einer vernünftigen Landesplanung hat das aber relativ wenig zu tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich denke an die sogenannten Räume mit besonderem Handlungsbedarf. Herr Minister, Räume mit besonderem Handlungsbedarf sind für mich Räume, in denen es große Probleme gibt, wo wir Schwierigkeiten vorfinden und wo es einen Bedarf zu handeln gibt. Das sagt eigentlich schon der Name.

An dieser Stelle möchte ich Ihren Vergleich zitieren, in dem Sie von einem Ausländer sprachen, der von Hessen nach Bayern kommt, und jubiliert, dass es hier in Bayern so wunderschön sei. Meine Damen und Herren, wenn sich diese Person auch nur einen Tag hier in Bayern aufgehalten hat, stellt sie fest, dass vielerorts der Arzt fehlt, dass es keinen Einzelhandel gibt und leer stehende Gebäude das Bild prägen. Da wird sein Jubeln sehr schnell ein Ende haben.

Meine Damen und Herren, die Landesentwicklung steht leider Gottes selten im Blickpunkt der öffentlichen Wahrnehmung. Für mich und die Fraktion der FREIEN WÄHLER ist das allzu selten der Fall; denn Bayern ist nicht zuletzt wegen einer vernünftigen Landesplanung in der Vergangenheit so geworden, wie wir es heute kennen. Aufgrund der enormen Bedeutung, die die Landesentwicklung für die räumliche Ordnung und Entwicklung des Staatsgebietes hat, überlässt der Bayerische Landtag dieses Thema auch nicht allein der Staatsregierung. Das ist nicht bei jeder Verordnung der Fall. Die im Landesentwicklungsprogramm getroffenen Festlegungen und deren Veränderung gehörten zu den seltenen Fällen, in denen eine Verordnung der Staatsregierung der Zustimmung des Landtags bedarf. Das bedeutet zugleich die Übernahme einer Mitverantwortung, die vom Landtag gemeinsam mit der Staatsregierung im Interesse gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern wahrzunehmen ist. Damit stellt sich auch die Frage, ob wir als gewählte Abgeordnete dieser Verantwortung mit dem Erlass der vorliegenden Fortschreibung gerecht werden können. Ich nehme es vorweg: Aus Sicht der FREIEN WÄHLER lautet die Antwort klar: nein.

Es gibt eine Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die zu unserem Landesentwicklungsprogramm aussagt: Es verschärft die Gegensätze noch weiter. Ich will das nicht weiter kommentieren.

(Erwin Huber (CSU): Wer richtet sich hier nach Rosa Luxemburg?)

– Nach ihr müssen wir uns nicht richten, Herr Kollege Huber. Ich überlasse Ihnen, ob Sie das tun oder nicht. Aber es steht nun einmal im Raum. Sie zitieren doch auch bei jeder Gelegenheit andere Bundesländer, wenn es Ihnen ins Konzept passt. Gestatten Sie also auch uns, ein Studienergebnis einfach in den Raum zu stellen. Ich will sie gar nicht bewerten, aber sie existiert, und man sollte solche Aussagen durchaus ernst nehmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Diese Studie beschreibt die Situation, dass wir nach wie vor viele Kommunen haben werden, denen dieses Landesentwicklungsprogramm nur wenig hilft. Leider waren sich im Jahr 2013 sowohl die CSU als auch die FDP ihrer Verantwortung nicht bewusst, als sie das bis dahin geltende LEP völlig entkernten und jahrzehntelang bewährte und konkrete Regelungen durch inhaltsleere und unpräzise Fragen ersetzten. Das war sozusagen die Ursünde der Landesentwicklung.

Nun, vier Jahre später, muss man diese Regelung wieder ändern, weil sie nicht zeitgemäß ist, und damit treiben Sie nun die Erosion der Landesentwicklung mit voller Kraft voran. Der von der Staatsregierung vorgelegte Verordnungsentwurf enthält total falsche Weichenstellungen, auf die ich später noch eingehen werde. Der Entwurf bedarf deshalb einer umfassenden Überarbeitung.

Nahezu alle Stellungnahmen im Beteiligungsverfahren sowie die im Wirtschaftsausschuss angehörten Experten von Akademien, Verbänden und Kammern teilen diese grundsätzliche Kritik. Das ist in diesen Stellungnahmen, die schriftlich vorliegen, nachzulesen. Meine Damen und Herren, nicht nur die FREIEN WÄHLER, sondern auch der Großteil der beteiligten Fachwelt ist der Ansicht, dass der uns vorliegende Verordnungsentwurf großer Murks ist und so nicht beschlossen werden darf. Doch leider sehen Sie, Herr Söder, dies gänzlich anders. Sie rücken keinen Millimeter von Ihrer Position ab, und sogar Bedenken aus Ihren eigenen Reihen werden weggewischt.

Damit verhalten Sie sich hier wie der schon eingangs zitierte Geisterfahrer, der entgegen der Fahrtrichtung unterwegs ist und meint, dass alle entgegenkommenden Fahrzeuge in die falsche Richtung fahren. In diesem Fall hat dieses Hohe Haus eigentlich die Pflicht, eine Weiterfahrt durch sein Eingreifen zu verhindern. Aber auch die in der Ausschussberatung stellenweise durchaus kritische Landtags-CSU hat am Ende klein beigegeben und lediglich kosmetische Korrekturen vorgenommen.

Herr Söder, Sie haben mit der Ankündigung der neuen Regionalzentren zugestanden, dass hier etwas nicht in Ordnung ist. Und die Abgeordneten ließen sich von Ihrer Strahlkraft der guten Botschaft von Regionalzentren blenden, anstatt hier fachliche Kritik vorzutragen. Diese Vorgehensweise ist uns bekannt. Ich denke an die Haltung der Fraktion bei den Haushaltsberatungen. Die CSU sieht offenbar das Parlament eher als Abnick- und Verkündigungsplattform denn als wichtigsten Ort in der parlamentarischen Demokratie.

Deshalb geht mein Appell an Sie, meine Damen und Herren aller Fraktionen: Stimmen Sie unserem Antrag zu. Lassen Sie die Staatsregierung nachsitzen und das LEP so überarbeiten, dass es im Landtag zustimmungsfähig wird.

Ich komme nun zu unseren Kritikpunkten im Einzelnen. Ein Parlament hat unter anderem die Aufgabe, zu kontrollieren, ob beschlossene Gesetze von der Exekutive vollkommen vollzogen werden. Lassen Sie mich als Beispiel den Münchner Flughafen bringen. Der heute vorliegende Verordnungsentwurf hinsichtlich der Festsetzung des Lärmschutzbereiches für diesen Flughafen beinhaltet ein eklatantes Defizit beim Vollzug des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm.

(Erwin Huber (CSU): Das stimmt überhaupt nicht!)

– Herr Kollege Huber, 25 Jahre nach Inbetriebnahme des neuen Flughafens und 10 Jahre nach der Novellierung des Fluglärmschutzgesetzes erklärt die Staatsregierung in der Begründung zur Änderung des § 3 dieser LEP-Verordnung ganz ungeniert
– ich zitiere auszugsweise aus der Drucksache 17/16280, Seite 25 –:

Für den Flughafen München wurde noch nicht mit dem Verfahren zur Festsetzung eines Lärmschutzbereichs nach FluLärmG begonnen. ... Aufgrund des komplexen Verfahrens ist von einer Verfahrensdauer von mindestens zwei Jahren auszugehen. Eine Festsetzung innerhalb der bisherigen Übergangsfrist

– sie dauert bis zum 1. September 2018 –

ist daher nicht zu erwarten.

... Um weiterhin eine Steuerung der Siedlungsentwicklung im Umfeld ... unter dem Gesichtspunkt des Lärmschutzes zu gewährleisten, soll die bestehende Übergangsregelung ... um längstens fünf Jahre bis ... 2023 verlängert werden.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Armutszugnis!)

Dazu muss man sich vor Augen halten, dass diese angesprochene Übergangsregelung noch auf die sogenannten einzelnen Ziele der Raumordnung und Landesplanung für das Umfeld des Verkehrsflughafens – jetzt hören Sie einmal genau zu – vom 13. April 1976 zurückgeht. Diese stützen sich auf eine Lärmprognose, die lange vor Inbetriebnahme des Flughafens abgegeben wurde und deshalb 41 Jahre nach Erlass völlig überholt ist.

Trotzdem erwartet die Staatsregierung, dass der Landtag durch seine Zustimmung zur LEP-Fortschreibung heute eine solche Verweigerung des Vollzugs des Lärmschutzgesetzes bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode absegnet. Allein dieser Punkt rechtfertigt eine Ablehnung der vorgelegten Verordnung.

Kommen wir zu einem Kernelement der vorliegenden Verordnung, nämlich der Fortschreibung des Zentrale-Orte-Systems. Wenn wir heute der vorliegenden Verordnung zustimmen, wird nahezu jede zweite Gemeinde in Bayern ein Zentraler Ort. Die Funktion des Zentralen Ortes ist laut Landesplanung, Mittelpunkt der Daseinsvorsorge für die Versorgung der jeweiligen Verflechtungsgebiete zu sein. Das wird mit dieser Verordnung ad absurdum geführt. Es fehlt eine transparente Darlegung der Auswahl und

Einstufungskriterien für Zentrale Orte. Dies wird übrigens auch die Enquete-Kommission für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern fordern, aber leider vier Wochen zu spät, weil Sie diese vier Wochen bis zum Erscheinen des Berichts nicht abwarten wollten. Leider werden die in Kürze vorliegenden Ergebnisse dieser Enquete-Kommission in der LEP-Fortschreibung überhaupt nicht beachtet. Warum auch? – Sie hat sich ja nur drei Jahre intensiv mit diesem Thema beschäftigt!

Da die Staatsregierung mit Neuausweisungen und Aufstufungen von Zentralen Orten nur so um sich wirft, reicht natürlich auch die bisherige Einstufung in Ober-, Mittel- und Grundzentren nicht mehr aus. Nein, wir brauchen auch noch Metropol- und Regionalzentren, die medienwirksam verkündet werden können. Das gebe ich zu. Jeder Ort freut sich, wenn er dieses Kriterium bekommt. Ob es dann landesplanerisch wirkungsvoll ist, ist eine andere Frage.

Vor dem Hintergrund, dass die Ein- bzw. Aufstufung von Zentralen Orten aufgrund fehlender Kriterien völlig willkürlich erscheint, kann ich leider nur einen Grund dafür erkennen: Hier handelt es sich um eine Selbstdarstellung, um möglichst viele Kommunalpolitiker zu beglücken und Urkunden zu überreichen. Ein fachlich fundiertes und nachhaltiges Zentrale-Orte-System für eine sinnvolle Entwicklung Bayerns würde diesem kurzfristigen Werbeeffect in keinster Weise gerecht und wird dem geopfert.

Meine Damen und Herren, gerade habe ich mit den Mitgliedern der Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern" gesprochen. Seit mehr als drei Jahren machen sich über ein Dutzend Abgeordnete, über zehn Experten und zahlreiche externe Berichtersteller Gedanken, wie die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Bayern verbessert werden kann. Leider wird der Abschlussbericht der Enquete-Kommission nicht in das LEP einfließen können. Trotzdem sollen nach Auffassung der Staatsregierung die Erkenntnisse und Vorschläge der Kommission irgendwo berücksichtigt werden. Meine Damen und Herren, wir alle vermissen verbindliche Kriterien zur Gewährleistung einer wohnortnahen Versorgung. Die Kommission wird äußerst interessante und innovative Vorschläge hierzu machen. Meine Damen und Herren, die-

ses Verhalten wird nicht der Bedeutung dieses Parlaments gerecht. Ich finde dieses Verhalten wirklich nicht gut.

Herr Minister, Sie kritisieren gerne und meiner Auffassung nach auch zu Recht die inflationäre Geldpolitik von Herrn Draghi und seiner EZB. Leider legen Sie bei der Ausweitung des Raums mit besonderem Handlungsbedarf eine ähnliche Vorgehensweise an den Tag. Immer mehr Landkreise und Kommunen werden zu Räumen mit besonderem Handlungsbedarf erklärt. Mittlerweile ist es fast die Hälfte des bayerischen Territoriums. Meine Damen und Herren, unter Raum mit besonderem Handlungsbedarf stelle ich mir etwas anderes vor als die Hälfte dieses gelobten Landes Bayern. Was passiert bei Draghi? – Je mehr Euros auf dem Markt sind, desto weniger ist jeder einzelne Euro wert. Ähnlich verhält es sich beim Raum mit besonderem Handlungsbedarf. Je mehr Kommunen zum Raum mit besonderem Handlungsbedarf erklärt werden, desto weniger Fördermittel erhält die einzelne Kommune, wenn der Gesamtfördertopf gleich bleibt.

Was bleibt einer Kommune, die wirklich bedürftig ist und sich in einem strukturschwachen Gebiet befindet? Müssen wir wirklich die Wortschöpfung verwenden, die Frau Karl vorhin erwähnt hat? – Da selbst das Finanzministerium nicht über unendlich viel Geld verfügt, passiert derzeit genau das. Der Mehrwert für die einzelnen Kommunen im Raum mit besonderem Handlungsbedarf wird immer geringer. Wo bleiben die gleichwertigen Lebensverhältnisse? – Sie bleiben auf der Strecke. Hier und da höre ich bereits den Ruf nach Regionen mit besonders großem Handlungsbedarf. Die heute vorliegende Verordnung zur Änderung der Verordnung müssen wir der Bevölkerung einmal erklären. Zwar ist sie richtig, aber das versteht draußen keiner mehr. Das ist absolut unmöglich. Das hat mit einer seriösen Regionalpolitik wirklich nichts mehr zu tun.

Meine Damen und Herren, es gäbe noch weitere Kritikpunkte zum vorliegenden Verordnungsentwurf. Ich komme zum Anbindegebot. Wir sind der Auffassung, dass die

kommunale Selbstverwaltung gestärkt werden muss. Deshalb werden wir dem Verordnungsentwurf in diesem Punkt zustimmen.

Wir treten für mehr alternative Energien ein. Wir sind der Auffassung, dass die großen Stromtrassen der Vergangenheit angehören sollten. Auf die veränderte Situation durch den Zuzug von zahlreichen Flüchtlingen in den vergangenen Jahren wird überhaupt nicht eingegangen. Wir vermissen jedoch nach wie vor ein schlüssiges Energiekonzept für den Freistaat.

Der Alpenraum muss geschützt werden. In diesem Punkt sind wir uns alle einig. Wir brauchen jedoch ebenfalls einen sinnvollen Tourismus. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag, die vorliegende LEP-Änderung zurückzuziehen und die Staatsregierung zu beauftragen, eine überarbeitete Fassung vorzulegen. Im Radio hören wir beinahe täglich, wie gefährlich Geisterfahrer sind. Sie müssen gestoppt werden. Heute haben Sie die Gelegenheit dazu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Der nächste Redner ist Herr Kollege Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Landesentwicklungsprogramm steuert die Entwicklung von Bayern. Es setzt Leitplanken und sollte ein wahres Zukunftskonzept sein. Die geplanten Änderungen, über die wir heute diskutieren, stellen aber einen echten Dammbbruch dar. Wenn die Änderungen wie geplant umgesetzt werden, wird Bayern sein Gesicht verlieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In unsere schöne Kulturlandschaft werden immer mehr hässliche Narben geschlagen – Parkplätze, Logistikhallen und Hotelburgen. Sie werden dort sein, wo vormals schöne grüne Landschaften waren. Das Zukunftskonzept der CSU-Regierung heißt in

Wahrheit: Betonfetisch. Was uns in den letzten Jahren vorgelegt worden ist und über was wir heute diskutieren, lässt sich für mich in drei Worten zusammenfassen: Wachstumsgeil, neoliberal und verantwortungslos.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Über 40 Jahre lang haben das Landesentwicklungsprogramm und der Alpenplan gute Dienste geleistet. Sie haben Entwicklungen geleitet und Leitplanken gesetzt. Das LEP ist vielleicht den meisten Bürgern in Bayern nicht bekannt. Aber jede und jeder stellt fest, dass sich bei uns gewaltig was geändert hat. Mittlerweile sehen unsere Orte alle gleich aus, wenn man von außen in sie hineinfährt – Discounter, Supermärkte und Parkplätze am Ortsrand, und in den Innenstädten befinden sich leerstehende Ruinen. Das sind die Auswirkungen einer maßgeblichen Änderung aus dem Jahr 2013. Mit dieser Änderung wurde die Fläche von Nahversorgungsflächen von 800 auf 1.200 m² erhöht. Heute sehen wir die Folgen dieser Änderung. Das sind die Ergebnisse der CSU-Politik. An diesem Beispiel offenbart sich, wie viel Fingerspitzengefühl das Projekt Landesplanung erfordert. Fingerspitzengefühl und Markus Söder passen jedoch überhaupt nicht zusammen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, anstatt solche Fehlentwicklungen zu erkennen, machen Sie es immer schlimmer. Aus der Mottenkiste der 70er-Jahre holen Sie Konzepte heraus, die nur den blinden Wunsch nach einem ungezügelter Wirtschaftswachstum verfolgen. Herr Huber, darf ich Ihnen noch etwas zum Mitschreiben mitgeben? – Heute haben Sie gesagt, es mache keinen Unterschied, ob ein Projekt angebunden sei oder nicht, da es den gleichen Flächenverbrauch habe. Im Rahmen des Projekts InterFranken in meiner Region an der Schnittstelle der A 6 und der A 7 sollen 67 Hektar Gewerbefläche veräußert werden. Die Erschließungsstraße AN 4 neu benötigt 35 Hektar. Um von den Autobahnanschlussstellen in das Gebiet zu gelangen, brauchen wir Ortsumfahrungen mit einem Flächenverbrauch von 44 Hektar. Die innere

Erschließung benötigt 14 Hektar. Das sind summa summarum 160 Hektar für 67 Hektar veräußerbare Gewerbegebietsfläche. Jetzt sagen Sie mir noch einmal, dass es keinen Unterschied macht, ob ein Projekt angebunden ist oder nicht. – So ein Schwachsinn.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die geplante Zubringerstraße AN 4 neu für das InterFranken-Projekt kostet 15 Millionen Euro. Hierfür gibt es einen Zuschuss von 80 %. Deshalb rufen alle Bürgermeister "Hurra". Aber der Steuerzahler zahlt das. Der Geschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen, Herr Braun, hat in der Anhörung ganz klar gesagt: Der Verzicht auf eine Anbindung verursacht enorme Kosten für leitungsgebundene Infrastrukturen. Frau Karl hat das eben schon erwähnt. Wir brauchen Straßen, Wasser, Abwasser, Strom, ein Gasnetz und schnelles Internet. Diese Kosten summieren sich zu enormen Beträgen. Herr Braun sagt ganz klar: Das sind versunkene Investitionen. Volkswirtschaftlich ist das nicht tragbar, Herr Huber.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In meinem Landkreis Ansbach haben wir 1.100 Hektar freie Gewerbeflächen. Herr Huber hat heute gesagt, dass es aufgrund des Immobilienmarktes schwierig sei, Flächen zu bekommen. – So ein Schmarrn. Wir haben sehr viele freie Flächen. Bei uns beträgt die Arbeitslosenquote 2,8 %. Wir haben Vollbeschäftigung. Die Preise für Gewerbeflächen sind bei uns in der Region mittlerweile so niedrig, dass sich die Kommunen gegenseitig unterbieten. Das ist die Realität im ländlichen Raum. Wenn Sie in Nürnberg und München bleiben, haben Sie den ländlichen Raum nicht verstanden. Sie wissen nicht, was dort notwendig ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Änderungsantrag Ihrer Fraktion ändert gar nichts. Dort heißt es: Keine wesentliche Beeinträchtigung. Es ist kein Kriterienkatalog festgelegt worden. Das ist total Wi-

schiwaschi. Es wird eine Klageflut kommen. Zum Beispiel InterFranken A 6/A 7: Was heißt hier "keine wesentliche Beeinträchtigung", wenn es sich um ein Autobahnkreuz handelt? Wie müssen hier die Logistikhallen ausschauen, damit es eine wesentliche Beeinträchtigung darstellt? Wie soll ein Alternativstandort ausschauen, wenn man so größenwahnsinnige Projekte hat wie dort? Was Sie hier gemacht haben, ist reine Kosmetik. Deswegen haben wir das auch ganz klar abgelehnt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber es geht nicht nur um die Verschandelung unserer Landschaft und um die Verödung der Innenstädte. Das ist schon schlimm genug. Hinzu kommt noch die Tatsache, dass wir in Bayern momentan einen Flächenfraß von 15 Hektar pro Tag haben. Das entspricht pro Jahr der Fläche des Ammersees. Das kann man sich einfach nicht vorstellen. Diese Fläche geht von der landwirtschaftlichen Nutzfläche eins zu eins ab. In den letzten 20 Jahren verringerte sich die landwirtschaftliche Nutzfläche um 7 %. Das ist die Nutzfläche von 8.200 landwirtschaftlichen Betrieben, denen man buchstäblich den Boden unter den Füßen weggezogen hat. Kollege Nussel, der nach mir sprechen wird, wird dann sicher sagen, daran seien die Ausgleichsflächen schuld. Das ist das, was die GRÜNEN doch immer fordern. Herr Nussel, ich weiß, Sie wiederholen mantraartig immer Ihren gleichen Spruch.

(Walter Nussel (CSU): Weil es stimmt! Weil ihr das sonst nicht versteht!)

Wenn man InterFranken nicht macht, braucht man auch keine Ausgleichsflächen. So wird ein Schuh daraus.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Die Hoffnung stirbt zuletzt!)

Vor Kurzem hat sich ein Landwirt aus meiner Region an mich gewandt, der bis jetzt CSU-Wähler war, es wahrscheinlich aber nicht mehr lange bleiben wird.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN und der SPD)

Er hat einen Milchviehbetrieb mit 70 Hektar und hat die Hälfte davon gepachtet. Am anderen Rand unseres Landkreises sucht eine Kommune Tauschflächen. Sie will ein Gewerbegebiet und eine Umgehungsstraße bauen. Jetzt kauft die Kommune diese Tauschflächen im Landkreis des Landwirts ein. Hier geht es um 20 Hektar. Mit dem Preis von 5 Euro, den die Kommune bietet, kann der Landwirt nicht mithalten. Jetzt steht er vor der Frage, entweder den Betrieb aufzugeben, weil er sich bei der derzeitigen Landwirtschaftspolitik nicht verkleinern kann, oder auf den verbleibenden 50 Hektar noch weiter zu intensivieren. Das bedeutet noch mehr Düngemittel und noch mehr Spritzmittel.

Damit sind wir beim nächsten Problem. Wir haben ein unglaubliches Insektensterben. Seit 1980 ging die Zahl der Insekten um 75 % zurück. Wenn der soeben erwähnte Landwirt auf seinen 50 Hektar nun noch mehr düngt und spritzt, wird die Anzahl der Insekten sicherlich nicht zunehmen. Das Insektensterben wird noch dramatischer werden. Es geht immer weiter nach unten. Sie heizen diesen Prozess weiter an. Das ist wirklich verantwortungslos.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen mit dem Flächenverbrauch runter. Unser Ziel sind maximal fünf Hektar am Tag. Dazu haben wir auch einen Gesetzesantrag eingebracht. Hierfür kämpfen wir momentan auch mit einem Volksbegehren. Fünf Hektar lassen Platz für genügend Entwicklung. Sie werden zwar aufgeteilt, aber dahinter steht ein sehr gutes Konzept. Wir stellen uns also die Landesentwicklung und den Erhalt unserer schönen Heimat ganz anders vor.

Wir haben sieben Anträge und einen Gesetzesentwurf eingebracht. Wir wollen die Zersiedelung stoppen. Das Anbindegebot soll erhalten bleiben. Die Kommunen erstellen ein Kataster, wie viel freie Gewerbeflächen sie noch haben. Sie betreiben ein Leerstands-Management. Sie nehmen die Gewerbeunternehmen an die Hand und schau-

en erst einmal nach Leerständen, auf denen zuerst gebaut werden könnte. Sie gehen erst dann, wenn wirklich nichts mehr vorhanden ist, auf die grüne Wiese.

Wir haben das Konzept "Kurze Wege für den Klimaschutz", das eine Anbindung der Gewerbegebiete an den öffentlichen Personennahverkehr fordert. Zentrale Orte sollen nicht inflationär ausgewiesen werden. Wir wollen ein funktionierendes Netz von starken Zentren und wollen gezielte Hilfen. Hier kann es dann für strukturschwache Regionen auch ein bisschen mehr sein. Das ist besser als das Gießkannenprinzip des bestehenden Landesentwicklungsplans, das die Hälfte Bayerns zu Raum mit besonderem Handlungsbedarf erklärt. Wir brauchen auch Lösungen für stark wachsende Ballungsräume. Hier hat Herr Söder keinerlei Konzept. Hier ist nichts enthalten.

Lebendige Ortskerne sind für uns ganz wichtig. Ich habe schon zu Beginn erwähnt, dass die Vergrößerung von 800 m² Fläche für Nahversorgungsbetriebe auf 1.200 m² im Jahr 2013 enorme Konsequenzen hat. Ich möchte das noch einmal an einem Beispiel sichtbar machen: Neulich hat mich eine ältere Frau aus Merkendorf angesprochen: Wenn jetzt die Umgehungsstraße für ihren Ort kommt und der Bürgermeister draußen ein Gewerbegebiet ansiedelt, dann wird der Supermarkt in dieses Gewerbegebiet am Ortsrand ziehen. Dann entsteht eine Barriere. Ich habe die Frau gefragt, warum das für sie dann nicht mehr barrierefrei sei. Sie sagte, dass sie es als ältere Frau nicht mehr schaffe, den Kilometer an den Ortsrand hinauszugehen. Das stelle für sie eine echte Barriere dar.

Ich kann mich noch an die Regierungserklärung von Horst Seehofer erinnern. Hier war vom großen Projekt Barrierefreies Bayern die Rede. Sie machen genau das Gegenteil, Sie schaffen Barrieren. Durch Sie hat diese Frau keine Einkaufsmöglichkeiten mehr. Das liegt an der Erhöhung von 800 auf 1.200 m². Bislang hat der Supermarkt in der Innenstadt 650 m² Verkaufsfläche. Würde er im Gewerbegebiet nur 800 m² bekommen, würde er nicht rausgehen. Wenn er sich aber verdoppeln kann, dann macht

er es. Das ist das, was ich eben mit Fingerspitzengefühl meinte. Hier müssen Sie noch viel dazulernen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für uns sind auch Erfolgskontrolle und Monitoring wichtig. Momentan liefert uns der Finanzminister Söder einen Heimatbericht, der vor Selbstlob und Selbstbeweihräucherung nur so trieft. Da steckt aber nichts an Zukunftsplanung drin. Hier gibt es auch keine Überlegungen darüber, was funktioniert hat und was nicht. Diesen Heimatbericht können Sie wirklich steckenlassen. Wir brauchen klare Ansagen, wie es weitergehen und wie sich Bayern entwickeln soll.

Zum Schluss noch zum Alpenplan. Herr Huber, das war heute nicht gerade Ihre beste Rede.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Aber Ihre auch nicht! – Zuruf von der SPD: Plauderei!)

Sie haben hier rumschwadroniert, und das Beste war, was Sie zum Alpenplan gesagt haben: Sie haben gesagt, Sie wollen den Alpenplan jetzt ändern, um dann am Riedberger Horn nicht zu bauen. Diese Aussage am Schluss müssen Sie mir noch einmal erklären.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mein Kollege Thomas Gehring wird später noch einmal genauer auf den Alpenplan eingehen. Ich will hier nur noch ein paar Worte dazu sagen: In diesem Alpenplan sollen zwei Übungslifte miteinander verbunden werden. Hier wird ein Lift gebaut, der gerade einmal einen Höhenunterschied von 200 Metern überwindet. Das ist an einem Südhang. Wir wissen aber doch, dass wir im Alpenraum vier Grad Temperaturerhöhung haben werden. Hier wird es im Winter nicht mehr schneien, sondern regnen. Hier hauen Sie eine Schneise in ein stark geschütztes Gebiet und opfern dafür den Alpen-

plan. Für einen solchen Schwachsinn zerstören Sie den Kernlebensraum des Birkhuhns. Ich muss wirklich sagen: Finger weg vom Alpenplan! Das kann so nicht sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Gemeinden Balderschwang und Obermaiselstein haben genügend Einnahmen. Sie könnten Konzepte für naturnahen und zukunftsfähigen Tourismus erstellen. Dazu müssen wir diese Gemeinden bringen.

Wir kämpfen mit allen Mitteln gegen den Ausverkauf unserer Heimat. Die CSU hat im Landtag alle unsere Anträge abgelehnt. Sie hat die Meinung der Experten komplett in den Wind geschlagen.

(Erwin Huber (CSU): Das stimmt doch nicht!)

Bei den Bürgern draußen spüren wir aber, dass sie die Nase von der Betonwut der CSU voll haben. Unser Volksbegehren "Damit Bayern Heimat bleibt – Betonflut eindämmen" findet auf der Straße Zustimmung über alle Parteigrenzen hinweg. Das sollte Ihnen eine Lehre sein. Hören Sie auf diese Menschen und hören Sie nicht nur auf Wirtschaftsbosse, Hoteliers, und Skiliftbetreiber! Stimmen Sie unseren Anträgen zu und stimmen Sie heute gegen diese Änderung des Landesentwicklungsplans! – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Nussel.

Walter Nussel (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Was bedeutet der Landesentwicklungsplan in der Umsetzung und in der Konsequenz für unser Land? Das ist Heimat. Das ist Erhaltung und Weiterausbau unseres Wohlstands und das ist Daseinsvorsorge. – Herr Stümpfig, ich

weiß gar nicht, warum Sie heute so emotional sind. Ich habe gerade überlegt, was hierfür der Hintergrund sein kann.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Das ist das Thema!)

Vielleicht haben Sie heute Nacht den Bayernkurier gelesen und sich selber darin nicht wiedergefunden. Vielleicht ist das der Grund.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wer liest schon den Bayernkurier?)

Wir haben viele Gespräche und Termine, wo wir uns austauschen und Argumente suchen. Ihrem Argument, dass wir alles zubetonieren und nur der Wirtschaft hinterhereilen,

(Florian von Brunn (SPD): Dem Geld!)

möchte ich vehement widersprechen. Wir werden den Naturschutz weiterhin nicht nur im Blick haben, sondern ihn fördern und dafür immer wieder Mittel zur Verfügung stellen. Man kann das nicht so einseitig darstellen. Was Sie zum Gewerbegebiet Inter-Franken dargestellt haben, ist sehr einseitig. Das muss man genauer herausarbeiten, anstatt einfach pauschal zu sagen, dass man einen weit erhöhten Anteil an Erschließungsmaßnahmen nur dafür durchführt. Diese Straßen sind insgesamt für die ganze Anbindung des Gebiets gedacht. Was Sie hier von sich gegeben haben, ist schon sehr kurz gesprungen.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): So kurz, wie Sie sich vorbereitet haben!)

Ich möchte auf das Anbindegebot hinweisen. Hier wird immer davon gesprochen, dass wir dann noch mehr Flächen brauchen. Die Staatsregierung und wir wollen damit genau das Gegenteil erreichen, nämlich dass wir die vorhandene Infrastruktur – die großen Straßen, die Autobahnen, die Bundesstraßen – nutzen, um dort Gewerbege-

biete über die kommunalen Grenzen hinweg anzusiedeln, um genau dort Arbeitsplätze zu schaffen und damit zu vermeiden, weitere große Umgehungsstraßen bauen zu müssen; denn dann sind wir schon an einem Erschließungsort und müssen nicht wieder die Wohngebiete in unseren Kommunen entlasten. Damit wirken wir dem Flächenfraß entgegen. Das sollten Sie jetzt bitte mal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CSU – Thomas Mütze (GRÜNE): Dann braucht man das trotzdem!
Auch so! Was ist denn das für ein Argument?)

Ich komme zum Thema Nahversorgung. Bitte nehmen Sie das einmal zur Kenntnis und setzen Sie sich damit auseinander, was Nahversorgung bedeutet, was ein Vollsortimenter heute für Produkte vorhalten muss. Das hat sich dermaßen weiterentwickelt mit den Angeboten für Vegetarier und Veganer. Für diese müssen mittlerweile ganze Abteilungen vorgehalten werden.

(Lachen bei den GRÜNEN – Ludwig Hartmann (GRÜNE): Die sind also schuld!)

Das sind zusätzliche Flächen, die gebraucht werden. Ich bin sicher kein Veganer, aber ich will Ihnen das einfach mal ins Stammbuch schreiben. Man kann das nicht so pauschal sagen. Zu dem, was Sie hier immer vom Stapel lassen, muss ich sagen: Sie haben sich mit der Nahversorgung und der Daseinsvorsorge sicherlich nicht auseinandergesetzt.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Wenn das Ihr einziges Argument ist, dann gute Nacht!)

Das ist unsere Verpflichtung, das ist unser Anspruch für die Bevölkerung, dass wir für die Nahversorgung bürgernah die richtigen Weichen stellen müssen.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Bürgerfern!)

Zu dem Vorwurf an unseren Minister, er hätte hier stümperhaft gearbeitet, kann ich, an die ganze Opposition gerichtet, sagen: Wir nehmen gerne Anträge auf und sind bereit, Anträge von euch mitzutragen. Das wisst ihr.

(Horst Arnold (SPD): Nein! – Annette Karl (SPD): Nach zwei Jahren! – Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Nicht einmal Berichtsanträge!)

Das "stümperhaft" möchte ich ganz massiv zurückweisen. Gestern hatte der Petitionsausschuss, Herr Stümpfig, eine Petition aus Dinkelsbühl zu einer Bebauungsplanaufstellung für eine Nachverdichtung auf vier Hektar direkt in der Innenstadt. Dort haben Sie dagegen gestimmt, weil der Petent anwesend war. Ich habe dazu ganz klar gesagt: Das ist doch der richtige Weg. Wir wollen in den Innenstädten eine gewisse Nachverdichtung. Das muss die kommunale Selbstverwaltung auf den Weg bringen. – Alles wurde geprüft, und Sie sagen: Nein, das ist wieder zu groß. Dieses und jenes passt wieder nicht. – Soll die Kommune dann die vier Hektar Bebauungsfläche außerhalb ausweisen? – Da ist in Ihren Ausführungen ein großer Widerspruch. Da muss ich einfach mal massivst widersprechen.

Sie sagen auch: Das ist gut, wir haben hier Vollbeschäftigung. – Ohne Beton hätten wir wahrscheinlich keine Vollbeschäftigung. Wenn wir nicht irgendwo mehr Arbeitsplätze gestaltet und etwas gebaut hätten, hätte das nicht funktioniert. Sie stellen laufend Anträge, wo man in anderen Bereichen noch mehr Geld verbauen und verplanen könnte, wohlgemerkt auch beim Naturschutz. Dieses Geld muss aber irgendwo erwirtschaftet werden. Das geht nur, wenn die Wirtschaft und die Infrastrukturmaßnahmen stimmig sind, sodass sich unsere Betriebe, und zwar nicht nur die Industrie, sondern auch der Handel und das Handwerk, ansiedeln und dort Arbeitsplätze vorhalten können. Das ist ein ganz zentraler, wichtiger Punkt. Diese Aufgabe, diese Vorausschau, hat die CSU, hat die Staatsregierung. Bei Ihnen habe ich manchmal den Eindruck, dass Sie da einen Schnellschuss machen, aber nicht einmal zehn oder zwanzig Jahre weiterdenken. Wenn unsere Vorgänger nicht zehn oder zwanzig Jahre vorausgedacht hätten, dann hätten wir diese Vollbeschäftigung nicht, dann hätten wir diesen Wohl-

stand in diesem Land nicht. Dafür, das zu erhalten, müssen wir gemeinschaftlich einstehen und kämpfen.

(Beifall bei der CSU)

Eines wurde heute überhaupt nicht erwähnt: Wenn irgendetwas ausgewiesen wird, wenn Kommunen sagen, ich möchte dort ein Gewerbegebiet, ich möchte dort Wohnbebauung, dann ist in diesem Landesentwicklungsplan alles enthalten. Auch Umweltberichte, Gutachten und Stellungnahmen werden berücksichtigt. Es wird alles eingearbeitet. Wenn ich für die Entbürokratisierung durchs Land fahre, merke ich: Die Landräte und Bürgermeister stöhnen, weil es ihnen schon viel zu viel ist. Aber wir stehen dazu, dass das alles ordentlich mit Maß und Ziel untersucht wird und dann im Einklang von Natur und Wirtschaft erfolgt. Ich denke, dann können auch unsere Handwerker und Betriebe draußen ihre Arbeitsplätze vorhalten und somit den Wohlstand erhalten.

Zum Schluss darf ich Ihnen mit auf den Weg geben: Wenn Sie das mit den Arbeitsplätzen ernst meinen, dann gehen Sie den Weg mit diesem Vorschlag, den unsere Staatsregierung und unser Minister eingebracht haben; denn nur dann können wir dieses Land für die Zukunft positiv weiterentwickeln.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir entscheiden heute über die Zukunft der Gestalt des Bayerischen Alpenplans, mit dem es 45 Jahre lang höchst erfolgreich gelungen ist, wirtschaftliche Entwicklung, die Vorbeugung von Naturgefahren wie beispielsweise Lawinen und den Schutz unserer Berge in Bayern zu verbinden. Stellen Sie sich einmal die Bayerischen

Alpen ohne den Alpenplan vor. Ein Albtraum! Überall Seilbahnen und Lifte bis auf die Gipfel, auf den berühmten Watzmann,

(Widerspruch bei der CSU)

auf den Watzmann, auf den Chiemgauer Blumenberg Geigelstein oder die Rotwand mit ihrer einzigartigen Natur, statt ruhiger Almen und stiller Bergnatur Massentourismus und Vergnügungsparks, Schneekanonen, Schneebars und Musikantenstadl,

(Widerspruch bei der CSU)

Sölden und Zillertal in Bayern! Das hätten wir ohne den Bayerischen Alpenplan.

(Beifall bei der SPD)

Genau davor hat uns der Alpenplan bewahrt. Diesen großartigen Plan zum Schutz unserer Berge, um den uns unsere Nachbarn beneiden, will diese CSU-Regierung jetzt durchlöchern und entwerten. Das ist ein Skandal.

(Beifall bei der SPD)

Warum das Ganze? – Damit man am Riedberger Horn eine Skischaukel bauen kann, weil Sie, Herr Söder, und auch der Herr Kreuzer es Ihren Spezln dort ermöglichen wollen, auf Kosten der Natur Kasse zu machen. So sieht es doch aus. Dafür sind sie bereit, den Alpenplan zu opfern und zurechtzustutzen. Dafür opfern Sie einen wichtigen Lebensraum für Tiere und Pflanzen, zum Beispiel für das Birkhuhn, das in Bayern vom Aussterben bedroht ist. Dafür pfeifen Sie auf internationales Recht wie die Alpenkonvention. Sie, meine Damen und Herren von der CSU, geben damit doch ein ganz deutliches Signal: Wenn es ums Geld geht, ist bei Ihnen alles möglich. Das heißt es nämlich, was Sie da machen. Der zuständige Minister Markus Söder hatte noch bei seiner Regierungserklärung als damaliger Umweltminister 2010 angekündigt, einen seiner Schwerpunkte auf den Schutz des sensiblen Alpenraums zu legen. Welcher Hohn! Seit einiger Zeit will er ja bekanntlich Parteivorsitzender und Ministerpräsident

werden. Da kommt es ihm doch nur entgegen, wenn er dem Fraktionsvorsitzenden der CSU, der aus dem Oberallgäu kommt, zu Willen sein kann.

(Widerspruch bei der CSU)

Dazu ist Ihnen offensichtlich jedes Mittel recht. Ich gebe Ihnen auch gern ein gutes Beispiel dafür. In nur drei Werktagen will sein Ministerium die über 4.000 eingegangenen Einwendungen in dem Anhörungsverfahren ausgewertet, geprüft und abgewogen haben, nur um dann die Änderungen des Alpenplans unverändert zu lassen. Herr Söder, kein Mensch glaubt Ihnen, dass es hier mit rechten Dingen zugegangen ist. Wir wissen, warum Sie das machen, und wir halten das für prinzipienlos.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie das heute wirklich so umsetzen, dann kommen andere und wollen die gleichen Gefälligkeiten, dann öffnen Sie Tür und Tor für den Ausverkauf der bayerischen Alpen. Sie verwandeln unsere Alpen in einen weiß-blauen Selbstbedienungsladen, in dem Geschäftemacher für die Verschandelung der Natur mit Seilbahnen und Schneekanonen auch noch Steuergelder nachgeschmissen bekommen, und das trotz Klimawandel und Erderwärmung. Das ist prinzipienlos, und das lehnen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ab.

Auch die überwältigende Mehrheit der Menschen in Bayern will das nicht. 91 % der Menschen wollen den Alpenplan uneingeschränkt erhalten, 80 % lehnen die Skischaukel am Riedberger Horn ab. Zahlreiche Vereine und Verbände sind dagegen. Einige engagierte Mitglieder sitzen heute auf der Tribüne, vom Alpenverein über die Naturschutzverbände bis hin zur Bayerischen Bergwacht. Auch viele bekannte Persönlichkeiten sind gegen diesen Ausverkauf der Bayerischen Alpen. Der ehemalige Landtagspräsident und Ehrenvorsitzende der Bergwacht Alois Glück sagte, dass der Alpenplan unendlich segensreich für den Schutz der gefährdeten Gebiete gewirkt habe. Er sagte weiter, dass man in dem Moment, in dem man etwas verändere, Begehrlichkeiten wecke. Auch Alexander Huber, einer der Huberbuam, ein weltweit be-

kannter Alpinist, sagte: Finger weg vom Alpenplan! Der Alpenplan ist nicht verhandelbar.

(Zurufe von der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, achten Sie bitte auf die Zeit.

Florian von Brunn (SPD): Ich achte auf die Zeit. – Sie sollten auf die überwältigende Mehrheit der bayerischen Bevölkerung hören, Sie sollten auf Alois Glück und Alexander Huber hören, Sie sollten auf uns hören.

Wir haben heute einen Änderungsantrag vorgelegt, der den Alpenplan in seiner ursprünglichen, bewährten Form belässt; denn wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen die bayerischen Alpen schützen.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss!

Florian von Brunn (SPD): Sie haben also noch die Möglichkeit, zu Anstand, Vernunft und Einsicht zurückzukehren und den Schutz unserer Berge über die Geschäftemacherei und den Profit zu stellen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege von Brunn. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Gehring. Bitte schön, Herr Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am letzten Samstag – das war der Samstag, bevor es geschneit hat – bin ich noch einmal zum Riedberger Horn gelaufen. Ich bin für meine Verhältnisse wahrscheinlich zu schnell losgelaufen; daher musste ich zwischendurch stehen bleiben, um zu verschnaufen. Dann habe ich mir gedacht: Ist es jetzt wirklich so weit, und wollen Sie als Mehrheit im Bayerischen Landtag diesen Frevel am Natur- und Alpenschutz begehen? Wollen Sie mit Ihrer Mehrheit heute wirklich beschließen, dass dieser Alpenplan, der 45 Jahre gehalten hat, in die Tonne getreten wird?

(Erwin Huber (CSU): Das ist ein Schmarrn! Sie haben keine Ahnung!)

Wollen Sie wirklich beschließen, dass am Riedberger Horn die Birkhühner aussterben? Wollen Sie hier beschließen, gegen die Alpenkonvention zu verstoßen und damit internationales Recht zu brechen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Übrigens, sogar die Österreicher achten auf die Ruhegebiete nach der Alpenkonvention; aber nicht die CSU.

Wollen Sie alles Wissen über den Klimawandel über Bord werfen, nur um eine Skia-bfahrt Richtung Südwesten mit Pistenbauplanierung und Schneiteich zu bauen? Das hat auch die Stellungnahme des Landesamtes für Umwelt sehr deutlich gezeigt; denn auch dieses Amt war dagegen. Ihr Vorhaben ist gegen die internationale Alpenkonvention. Sie verstoßen ein zweites Mal gegen die Alpenkonvention, wenn dieser Lift gebaut wird, und das für eine Abfahrt, die auch skifahrermäßig nicht das wert ist, was sie vielleicht verspricht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erinnern wir uns: Die Staatsregierung konnte den Antrag der beiden Kommunen – er war in Ordnung – auf Zielabweichung nicht beschließen. Sie hätte eigentlich den beiden Kommunen ein Nein sagen müssen. Sie konnte es nicht beschließen, weil die Umweltministerin mit ihrer fachlichen Expertise klar dagegenstand. Respekt, Frau Scharf! Leider ist sie heute nicht anwesend. Ich hatte erwartet, dass sie heute für unseren Antrag stimmt. Auch der Landwirtschaftsminister war mit seiner Stellungnahme gegen diesen Eingriff in den Wald und in die Landschaft. Einzig und allein der Heimatzerstörungsminister Söder treibt das Projekt weiter, das mittlerweile landesplanerisch absurde Züge bekommt. Herr Söder, Sie haben einfach keine Haltung zum Schutz der Alpen, zum Schutz der Natur und zum Schutz unserer bayerischen Heimat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt schlagen sie landesplanerisch einen absurden Winkelzug vor: Die Schutzzone soll wie ein Trumm Käse aus dem Käslaib herausgeschnitten werden und danach dorthin verlegt werden, wo gar kein Schutz nötig ist, weil dort nämlich niemand einen Lift bauen wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist wirklich so, wie wenn Sie die Eisbären in Grönland retten wollten, indem Sie Schutzgebiete in der Sahara ausweisen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Machen wir uns nichts vor: Die heutige Entscheidung, die Alpenschutzzone C zu verletzen, schafft einen Präzedenzfall. Herr Göppel hat es heute sehr deutlich gesagt – er kommt aus der CSU –: Die anderen werden auch kommen, und dann werden Sie den Sack, oder wie Herr Huber es sagte, die Tür, nicht mehr zubekommen. Da brauchen wir auch nichts vorzumachen. Sie versündigen sich mit dieser Entscheidung am Bayerischen Alpenplan.

Bei allem Respekt vor der kommunalen Demokratie und vor der Bevölkerung in Obermaiselstein und in Balderschwang, lieber Konrad, lieber Peter, und vor diesen Entscheidungen vor Ort: Aber es kann nicht sein, dass zwei Kommunen den Landesplan und den Alpenplan aushebeln und einen Präzedenzfall schaffen, der ganz Bayern und dem gesamten bayerischen Alpenraum schaden wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das zeigt übrigens auch, dass Herr Ministerpräsident Söder –

(Heiterkeit bei der CSU)

– dass Ministerpräsident Seehofer – –

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Mein Versprecher zeigt, dass Herr Söder an nichts anderes denkt, als Ministerpräsident zu werden, aber keinen Sinn mehr für die Alpenpolitik, für den Naturschutz und für eine verantwortliche Landesplanung hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen – ich frage auch die Kolleginnen und Kollegen, die nicht aus dem Alpenraum kommen –: Wollen Sie sich das wirklich antun? Die Mehrheit der Bevölkerung ist gegen diese Entscheidung, auch die Mehrheit der Bevölkerung im Allgäu ist mittlerweile gegen diese Bergbahn. Denken wir nur an den Freundeskreis, an diese eindrucksvolle Demonstration in Kempten.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Mittlerweile ist das Riedberger Horn tatsächlich zu einem Symbol für die Antiumweltpolitik der CSU-Regierung geworden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am Samstag haben wir uns – Herr Beißwenger, Herr Herz und Frau Umweltministerin Scharf – getroffen. Wir waren oben an der Höllritzer Alpe. Es wäre nicht mehr weit zum Riedberger Horn gewesen. An diesem Tag ging es um das Thema Mountainbiker auf Fußwegen in den Alpen. Tatsächlich ist es ein Problem, wenn 20, 25 Mountainbiker einen Weg hinunterfahren, der nicht für sie gebaut ist.

Am Riedberger Horn geht es um 3.000 Personen, die in einer Stunde dort hochkommen und sich in diesem Gebiet bewegen. Was ist das doch für ein Wahnsinn im Vergleich zu diesen Themen, die am Samstag diskutiert worden sind!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin danach, als die Frau Ministerin wieder ins Tal fuhr, zum Riedberger Horn gelaufen. Es war kein Postkartenwetter, aber es war so ein Tag, an dem man sagt – ich

denke, jeder von Ihnen hätte es auch gesagt, wenn er, vielleicht ein bisschen außer Atem, dabei gewesen wäre –: Es ist einfach schön hier.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen nicht nur von der Schönheit unserer Berge reden, sondern wir müssen sie auch schützen. Deswegen bitte ich, unserem Antrag zuzustimmen.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Gehring. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Holetschek. Bitte schön, Herr Holetschek.

Klaus Holetschek (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr von Brunn, so einen Schmarrn habe ich selten in diesem Haus gehört.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Sie haben doch damit angefangen! – Widerspruch bei den GRÜNEN – Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

So einen Blödsinn, wie Sie ihn gerade verzapft haben: niveaulos, substanzlos, haltlos. Sie leben in Skandalen, Sie reden in irgendwelchen Metaphern. Es ist wirklich furchtbar.

(Beifall bei der CSU)

Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Das hatte mit dem Thema nichts zu tun. Es ist einfach schlimm, wenn man nur noch nach der Presse schielt und schaut, mit welchen Schlagzeilen man irgendwo auftaucht. Herr von Brunn, jetzt verstehe ich, warum die SPD Sie nicht zum Vorsitzenden gewählt hat. Ehrlich! Ich kann das nachvollziehen. Da scheint wirklich etwas dahinterzustecken.

(Widerspruch bei der SPD – Zurufe von der SPD)

– Moment, ich sage so etwas nur dann, wenn ich auf etwas antworte, was Sie vorher alles gesagt haben. Aber das will ich jetzt gar nicht alles erwähnen. Es ist ein ernstes Thema, über das wir heute reden, und es ist kein einfaches Thema. Der Schutz unserer Alpen ist ein wichtiges und zentrales Thema.

(Florian von Brunn (SPD): Den verkaufen Sie jetzt gerade!)

Ich will es heute noch einmal betonen: Niemand in meiner Fraktion und schon gar nicht unser Heimatminister macht sich eine solche Entscheidung leicht. Diese Diskussion vor Ort geht schon sehr lange. Es geht nicht darum, den Alpenplan auszuhebeln. Es geht darum, verantwortungsvoll zwischen Naturschutz und anderen Themen, die die Menschen dort bewegen, abzuwägen und zu diskutieren.

(Florian von Brunn (SPD): Wo ist die Verantwortung, Herr Holetschek?)

Genau an dieser Schnittstelle sind wir. Auch ich war schon dreimal am Riedberger Horn, lieber Kollege Gehring, und auch ich bin begeistert von diesem Gebiet. Ich glaube, wir sind uns einig, dass das Allgäu wunderschön ist. Das sagen wir hier aus vollem Herzen.

(Florian von Brunn (SPD): Hören Sie mit Ihren Allgemeinplätzen auf! – Zuruf von den GRÜNEN)

Die Diskussion hat sicherlich auch dazu beigetragen, dass viele Menschen bewusst wahrgenommen haben, was wir dort für eine Landschaft haben und wie stolz wir auf das Allgäu sein können.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) – Zuruf von den GRÜNEN)

Ich lade an dieser Stelle alle ein, ins Allgäu zu kommen.

(Beifall bei der CSU)

Ich will Ihnen aber auch ganz bewusst sagen, dass es um die Menschen vor Ort geht. Die Menschen, die dort leben, die Familien haben und die seit Generationen dort ansässig sind, sagen nicht leichtfertig: Zerstört die Natur, wir wollen jetzt eine neue Skischaukel ohne Rücksicht auf Verluste. Was unterstellen Sie denn diesen Menschen in Balderschwang und Obermaiselstein, die sich zu 85 % und zu 68 % für dieses Projekt ausgesprochen haben?

(Beifall bei der CSU)

Was sagen Sie diesen Menschen? Sind die alle wahnsinnig? So kommt es doch heraus.

(Horst Arnold (SPD): Egoisten!)

Diese Menschen haben Verantwortung. Sie wollen sich touristisch weiterentwickeln, sie müssen auch ein Einkommen erzielen. Die Natur ist für diese Menschen genauso wichtig. Sie sägen doch nicht den Ast ab, auf dem sie sitzen. Das stört mich wirklich, meine Damen und Herren. Wir müssen Vertrauen in die Menschen vor Ort haben, die in einer sorgsam Abwägung Entscheidungen treffen. Genau das geschieht mit dem Landesentwicklungsprogramm.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist doch keine sorgsame Abwägung!)

Auch das tun wir hier. Wir treffen eine Entscheidung nach einer Abwägung zwischen Tourismus und Naturschutz. Herr von Brunn, 0,04 % der Fläche sind betroffen. 80 Hektar werden herausgenommen, 304 Hektar kommen hinein. Im Kern wird der Naturschutz sogar gestärkt.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Das ist doch Heuchelei!)

Dort oben sitzt der Landesbeauftragte vom Bund Naturschutz. Ich habe alle Stellungnahmen sorgsam gelesen.

(Florian von Brunn (SPD): 4.000 Einwendungen!)

Ich kann nachvollziehen, dass man Sorgen hat, was diese Entscheidung für die Zukunft auslösen wird. Ist es der berühmte Präzedenzfall?

(Katharina Schulze (GRÜNE): Ja!)

Ist es ein Öffnen der Büchse der Pandora? Was schaffen wir damit? Ich sage Ihnen: Nein, das ist es nicht. Der Alpenplan wurde von uns mit initiiert und in Kraft gesetzt.

(Florian von Brunn (SPD): Von Ihnen bestimmt nicht, Herr Holetschek!)

Nach 40 Jahren muss man auch die Chance haben, diesen Plan einmal zu überprüfen. Auch das gehört zu einer verantwortungsvollen Politik. Nach 40 Jahren muss man prüfen, ob sich die Rahmenbedingungen geändert haben, was in der Gesellschaft passiert und was sich verändert hat. Auch das haben wir getan. Das muss doch möglich sein. Die Bürger werfen uns doch vor, dass wir nicht mehr in der Realität leben. Wir haben nichts anderes gemacht, als das anzuschauen. Wir haben zwischen dem Naturschutz und den Alpen als Lebensraum abgewogen und dann einen minimalinvasiven Eingriff in dieses Gebiet vorgenommen. Ich glaube nicht, dass das Riedberger Horn mit seinen speziellen Voraussetzungen mit irgendeinem anderen Gebiet vergleichbar ist. Ich glaube das nicht.

(Florian von Brunn (SPD): Sie missachten geltendes Recht!)

Ich muss auch die Chance haben, einen Einzelfall zu betrachten. Davon lasse ich mich nicht abbringen. Wir wollen keinen Präzedenzfall. Wir wollen vor Ort die Möglichkeit schaffen, dass im Rahmen eines ordentlichen Baugenehmigungsverfahrens – das hat Erwin Huber gesagt – noch einmal genau geprüft wird, was für den Naturschutz zu tun ist, welche Auflagen und welche Maßgaben festgesetzt werden sollen. Natürlich hat keiner von uns etwas dagegen, wenn es im Baugenehmigungsverfahren vor Ort eine Einigung gibt. Ich wehre mich aber dagegen, dass man den Menschen vor Ort, denen es um ihre Zukunft geht, von diesem Hohen Haus aus sagt: Ihr habt keine Ahnung davon, was ihr redet.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Es gibt halt die Naturschutzregeln!)

– Hören Sie mir zu, Frau Schulze. Die Menschen draußen verstehen es nicht, wenn wir hier in ihrer Abwesenheit Entscheidungen treffen. Sie leben nicht am Riedberger Horn. Sie leben nicht in Balderschwang. Sie leben nicht im Allgäu.

(Florian von Brunn (SPD): Sie auch nicht!)

Die Menschen draußen verstehen es nicht, wenn wir hier weltfremde Entscheidungen fällen, die sie draußen nicht mehr nachvollziehen können.

(Beifall bei der CSU)

Je weiter Sie weg sind, desto einfacher ist es, etwas zu entscheiden. Das will ich Ihnen auch einmal sagen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Ohne Riedberger Horn!)

Im Kern geht es darum, abzuwägen, Verantwortung zu zeigen und eine zugegebenermaßen schwierige Entscheidung richtig zu treffen. Das tun wir heute. Wir haben ein Baugenehmigungsverfahren vor uns. Die Entscheidung fällt noch einmal vor Ort und vermutlich auch vor den Gerichten – darin sind wir uns einig –, weil ich davon ausgehe, dass es zu einem Gerichtsverfahren kommen wird.

(Florian von Brunn (SPD): Genau! Weil die Entscheidung rechtswidrig ist!)

Ich will heute aber eine Option schaffen. Der Tourismus ist mit über 50.000 Arbeitsplätzen im Allgäu auch eine Leitökonomie. Die Menschen leben davon, und sie zeigen Verantwortung für unser Land und für ihre Heimat. Das tut auch der Heimatminister. Ich empfinde es einfach als unverschämt, wie Sie hier mit der Landesentwicklung agieren. Entwicklung heißt, dass man Maßnahmen ermöglicht und Optionen schafft. Entwicklung heißt nicht, dass man etwas verhindert.

(Abg. Florian von Brunn (SPD) macht ein Handzeichen des Geldzählens)

– Dieses Handzeichen, Herr von Brunn, können Sie sich sparen. Sie haben heute bewiesen, wie verantwortungslos und substanzlos Politik sein kann und was Sie im Kern eigentlich wollen: schnelle Schlagzeilen ohne Substanz und ohne Niveau.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Holetschek, bleiben Sie bitte noch. Wir haben noch zwei Zwischenbemerkungen. Zur ersten Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Pohl gemeldet.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Zum Ersten gilt es klarzustellen, dass gegen die Skischaukel am Riedberger Horn geklagt werden wird, dass es Gerichtsverfahren geben wird und dass die Gerichtsentscheidungen von allen Beteiligten zu respektieren und zu achten sind. Deswegen brauchen wir die Gerichtsverhandlung hier nicht vorwegzunehmen.

Zweitens lege ich als Abgeordneter aus dem Allgäu auf Folgendes allergrößten Wert: Es gibt nicht den Widerspruch zwischen dem guten Naturschützer und dem bösen Naturfrevler, der aus Profitgier handelt. Der Tourismus im Allgäu geht sehr sorgsam mit den Ressourcen um. Ich glaube, dass sich die Unternehmen und die Menschen, die vom und mit dem Tourismus leben, keinerlei Vorhaltungen machen lassen müssen. Das Allgäu, lieber Kollege Gehring, wäre nicht so schön, wenn der Naturschutz in den letzten Jahrzehnten nicht die Prämisse und die Handlungsanleitung gewesen wäre. Das sollte man ganz deutlich klarstellen. Kollege von Brunn, dass man mit Tourismus Geld verdienen muss, ist auch klar.

Eine letzte Bemerkung und Frage: Der Ministerpräsident hat neulich eine Gesprächsrunde mit den Gegnern gehabt. Welche Erkenntnisse, die uns vielleicht noch nicht vorliegen, die aber für die Entscheidung relevant sein können, sind daraus erwachsen?

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege Holetschek, bitte.

Klaus Holetschek (CSU): Der Ministerpräsident hat zur Eröffnung der Allgäuer Festwoche eine Demonstration zur Kenntnis genommen, bei der viele Menschen die Befürchtung zum Ausdruck gebracht haben, es könnte einen Einschnitt in die Zone C des Alpenplans geben, der nicht gut ist. Diese Befürchtungen hat der Ministerpräsident in einer Gesprächsrunde mit den Gegnern aufgegriffen. Er hat ihnen, glaube ich, deutlich gemacht – das ist auch richtig –, dass wir jetzt einen Abwägungsprozess führen und heute über die Verordnung abstimmen. Er hat ihnen deutlich gemacht, dass es aber auch ein Baugenehmigungsverfahren gibt, in dem die Maßnahme noch einmal geprüft wird, und dass es zwischen unserer Abstimmung und der Abstimmung im Ministerrat möglicherweise noch ein Zeitfenster gibt, in dem sich weitere Gesprächsrunden ergeben können. Ich glaube, dass es noch eine weitere Gesprächsrunde geben wird – so habe ich es zumindest auch verstanden –, bei der noch einmal alle an einen Tisch kommen sollen.

Ich habe es vorher deutlich gemacht. Wir sind uns alle darin einig, dass sich keiner einer Lösung verschließen will, die genau in dieses Gebiet passt. Wir sollen aber nicht so tun, als ob es nur eine Möglichkeit gäbe, die richtig und wegweisend ist. Die Menschen vor Ort haben es verdient, dass man sie ernst nimmt. Nichts anderes wollte ich heute noch einmal deutlich machen. Man muss die Menschen ernst nehmen und ihnen die Chance geben, in die Zukunft zu schauen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön. – Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen von Brunn. Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Herr Holetschek, Sie sollten erst einmal damit anfangen, unsere Gesetze und das internationale Recht ernst zu nehmen. Sie haben gesagt, wie solide Sie gehandelt haben. Sie ermöglichen mit der Änderung des landesweiten Alpenplans, der seit 45 Jahren unverändert gilt, ein Einzelprojekt. Sie handeln entgegen der Meinung des Landesamts für Umwelt und aller Experten in unserer Anhörung. Sie

ermöglichen – natürlich mit Schneekanonen – einen Skibetrieb auf einem Hang, der nach Südwesten ausgerichtet ist. Das ist so absurd, dass man dazu eigentlich gar nichts mehr sagen muss.

Klaus Holetschek (CSU): Dann lassen Sie es doch sein!

Florian von Brunn (SPD): Sie wollen diese Anlage in einem Gebiet bauen, zu dem Ihnen das Landesamt für Umwelt gesagt hat, es sei rutschanfällig und die Alpenkonvention verbiete diese Maßnahme. Sie wissen, dass dort faktisch ein Vogelschutzgebiet existiert.

Ich sage Ihnen noch etwas zu dem geordneten Verfahren, das hier abläuft: Die 4.000 Einwendungen habe ich schon erwähnt. Der Landrat des Landkreises Oberallgäu hat hier in der Anhörung schon angekündigt, dass er von einer Zustimmung ausgeht. Bevor das Verfahren überhaupt ordnungsgemäß abgewickelt worden ist, hat er schon die Zustimmung in den Raum gestellt. Mehr muss man gar nicht sagen. Das sagt alles darüber aus, wie unseriös und skrupellos Sie in dieser Sache vorgehen.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Holetschek, bitte.

Klaus Holetschek (CSU): Na ja, das zeigt, dass Sie in den letzten drei Minuten nichts gelernt haben. Das war auch nicht zu erwarten, Herr Kollege von Brunn.

(Florian von Brunn (SPD): Von Ihnen kann man nicht lernen, Gott sei Dank!)

– Ja, das nehme ich jetzt so hin, weil ich leidensfähig bin, wenn Sie sprechen, und das werde ich wohl auch bleiben müssen.

Sie waren wahrscheinlich auch mehrmals am Riedberger Horn. Sie haben es sich angesehen, oder? Herr von Brunn, wann waren Sie denn dort?

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Sie haben das Wort, Herr Kollege Holetschek.
Wir machen keine – –

Klaus Holetschek (CSU): Nein, er braucht ja bloß – –

(Zuruf von der CSU – Unruhe)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege Holetschek, wir führen keinen Dialog!

Klaus Holetschek (CSU): Er braucht ja bloß zu nicken. Also, Sie waren doch dort, Herr von Brunn? Waren Sie dort?

(Zurufe von der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das geht Sie nichts an! – Unruhe)

– Gut, da Sie behaupten, dass es mich nichts angeht,

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

dann will ich Ihnen sagen: Mich geht es schon etwas an, ob jemand bei der Diskussion zu einem Thema, bei dem er meint, die Weisheit mit Löffeln gefressen zu haben, vor Ort war und sich das angesehen hat oder ob er nicht vor Ort war.

(Zurufe von der CSU: Bravo! – Lebhafter Beifall bei der CSU)

Also, dann mal Butter bei die Fische: Wer dort war, hat gesehen, dass das kein unberührtes Gebiet ist. Er weiß, dass dort viele Tourenger sind. Er hat sich die Bilder vom Gipfel im Winter angesehen. Das ist keine verlassene karge Landschaft, sondern dort passiert bereits jetzt sehr viel.

(Florian von Brunn (SPD): Also, Sie haben Bilder angesehen, Herr Holetschek?)

– Ich war auch vor Ort, Herr von Brunn. Ich bin Vorsitzender des Tourismusverbands.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Ich diskutiere jetzt nicht mehr mit Ihnen. Sie hören mir jetzt zu, oder Sie gehen hinaus – das ist mir eigentlich egal.

(Beifall bei der CSU)

Ich will Ihnen sagen: Wir haben verantwortungsvoll gehandelt.

(Florian von Brunn (SPD): Das glauben Sie doch selber nicht!)

Es ist ein schwieriges Thema, und der Alpenplan C soll nicht aufgehoben werden. Der Alpenplan C ist nach wie vor ein zentrales Instrument zum Schutz der Alpen, aber es gilt auch, einen Weg von Lebens-/Wirtschaftsraum und Naturschutz gemeinsam verantwortungsvoll zu gestalten. Diesen Weg beschreiten wir, und ich bin dem Heimatminister dafür sehr dankbar. Er war übrigens auch einmal Umweltminister, und wer in diese Zeit zurückblickt, weiß, dass Markus Söder dort vieles angeschoben hat,

(Florian von Brunn (SPD): Umso schlimmer!)

von dem wir heute noch profitieren. Er hat es sich an dieser Schnittstelle als Heimatminister nicht leicht gemacht, und Sie sollten sich erst einmal überlegen, was Heimat bedeutet.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Holetschek. – Unser nächster Redner ist der Kollege Muthmann. Bitte schön, Herr Muthmann.

Alexander Muthmann (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will den Blick noch einmal auf die Gesamtbedeutung des Landesentwicklungsprogramms lenken. Die Gestaltung des Landesentwicklungsprogramms ist eine große und wichtige Aufgabe für die Entwicklung Bayerns. Es kann und muss ein wirksames Steuerungsinstrument für die Entwicklung Bayerns darstellen – überfachlich und über alle Zuständigkeiten der Ministerien hinweg. Das Landesentwicklungsprogramm könnte und müsste – wenn es seiner Aufgabe gerecht würde – alle Fachministerien und alle nachgeordneten, insbesondere staatlichen Behörden mit steuern, und zwar bei den wesentlichen Fragen.

Wie steuert man die Entwicklung des Freistaates richtig? Ich erinnere an dieser Stelle an das Gutachten des Zukunftsrates, das berechtigterweise viel Kritik eingesteckt hat, weil es Bayern über nur sieben Zentren steuern wollte. Das geht natürlich nicht. Wahr und richtig ist: Um eine Entwicklung in einem Flächenland sicherzustellen, muss man mehr als sieben Zentralen Orten klar definierte Aufgaben in verschiedenen Ebenen zuweisen. Daran fehlt es aber: Zum einen wurden die Anzahl der Zentralen Orte und im Übrigen auch die der Ebenen nahezu beliebig erweitert. Bei 2.000 Gemeinden haben wir fast 1.000 Zentrale Orte.

Als weiteres Dilemma, das heute noch gar nicht so deutlich angesprochen wurde, kommt hinzu, dass für die Zentralen Orte nicht mehr klar geregelt ist, welche Aufgaben sie für ihren jeweiligen Versorgungsraum zu erfüllen haben. Das taucht da und dort in den Begründungen andeutungsweise auf, allerdings nicht mehr verbindlich. Es fehlt auch völlig am Bekenntnis des Freistaates, diesen Kommunen, diesen Zentralen Orten bei der jeweiligen Versorgungsaufgabe für die Räume behilflich zu sein, sie zu unterstützen, sie zu fördern. Ein solches Bekenntnis würde in der notwendigen Verbindlichkeit dazu passen und erwartet werden. Daran fehlt es aber auch, sodass eine wesentliche Aufgabe – im Übrigen hat bereits der vorletzte Landtag der Staatsregierung schon einmal als Aufgabe mit auf den Weg gegeben, dieses Zentrale-Orte-System zu überarbeiten – nicht einmal im Ansatz wirksam erledigt wurde. Dieses System ist ein Sammelsurium an Beliebigkeiten und Gefälligkeiten gegenüber vielen Erwartungen von Kommunen, aber kein starkes Steuerungsinstrument.

Ich möchte auf einen weiteren Punkt hinweisen; das ist notwendig nach dem, was Erwin Huber in seinen Eingangsschilderungen zur Entwicklung des Freistaates Bayern dargestellt hat. Ich erinnere daran, dass der verantwortliche Minister in dieses Landesentwicklungsprogramm mittlerweile 50 % der Fläche als Raum mit besonderem Handlungsbedarf hineinschreibt. Damit wird die Aufgabe auch verfehlt, denn es geht an dieser Stelle darum, die besonders Bedürftigen, die Benachteiligten, die wir nach wie vor haben, klar zu identifizieren und dafür zu sorgen, dass den besonders Bedürftigen ge-

holfen werden kann. Daran fehlt es aber auch. Wir haben stattdessen eine Förderpolitik mit der Gießkanne. Das ist in Zeiten, in denen viel Geld im Haushalt ist und man sich profilieren will, vielleicht noch irgendwie nachzuvollziehen, aber das ist keine Politik mit Substanz.

Bereits wegen dieser beiden zentralen Kritikpunkte kann ich diesem Gesamtwerk nicht zustimmen.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Muthmann. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Claudia Stamm. Bitte schön, Frau Stamm.

Claudia Stamm (fraktionslos): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Ich zitiere aus einem Schreiben des Bayerischen Ministerpräsidenten: Ich halte es daher für bedenklich, 15 Hektar Bergwald für die Errichtung eines Skilifts zu opfern. Darüber hinaus bin ich grundsätzlich wie Sie der Auffassung, dass die Zahl der reichlich vorhandenen Skilifte nicht mehr vermehrt werden sollte; schon viele Skiliftbetreiber sind in roten Zahlen. – Es handelt sich dabei allerdings nicht um den aktuellen Ministerpräsidenten. Der Brief stammt aus dem Jahre 1986 – der damalige Ministerpräsident hieß Franz Josef Strauß – und ging an einen der Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Berg- und Skiführer.

Ein Sprung aus dem Jahr 1986 in die Gegenwart: Ich zitiere ein weiteres CSU-Mitglied, nämlich Prof. Werner Buchner – ich nehme an, den selbsternannten Lebensminister. Als langjähriger Amtschef im Bayerischen Ministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen wandte er sich in einer gemeinsamen Presseerklärung mit mir zusammen gegen das Projekt am Riedberger Horn. In der Presseerklärung sagte Prof. Buchner: Bei der Auslegung und Handhabung des bestehenden Alpenplans wird ebenso wie bei einer eventuellen Fortschreibung zu bedenken sein, dass inzwischen der Natur- und Umweltschutz im Rahmen einer Staatsfundamentalnorm in die Bayerische Verfassung eingefügt worden ist; als Grundlage auch dafür, ihn als einen

Schwerpunkt der Politik zu verstehen. – Der Jurist Prof. Buchner gilt als Experte für Umwelt-, Planungs- und Raumordnungsrecht und hat als Ministerialrat damals selbst maßgeblich den alten Plan mitentwickelt.

Was ist der Sinn des Alpenplans? – Der Sinn ist nichts anderes, als einen fairen Ausgleich zwischen Naturschutz und Wirtschaftsinteressen in den Alpen zu schaffen. Dieses Erbe, das ich jetzt kurz von Franz Josef Strauß bis heute dargestellt habe, nämlich eine konservative Umweltschutzpolitik, tritt der sogenannte Heimatminister jetzt mit den Füßen. Mit der Änderung, die jetzt vorgenommen wird – mit dem Bau der Skischaukel –, verstoßen die Staatsregierung und die Mehrheit dieses Hauses – leider eben die Mehrheit hier auf der rechten Seite – auch gegen internationale Abkommen. Mit dem Gipfeltausch am Riedberger Horn versucht Minister Söder nicht nur, die Bürgerinnen und Bürger zu verschaukeln, sondern auch die Staatengemeinschaft der Nachbarstaaten.

Kurz noch ein anderer wichtiger Punkt. Das LEP wurde jetzt schon sehr viel hier diskutiert, aber mit dem Entwurf der Aufhebung des Anbindungsgebots

(Erwin Huber (CSU): Das wird doch nicht aufgehoben!)

machen Sie nichts anderes als ein wildes "Anything-goes-Geben". Das kann nicht in unserem Interesse sein. Das kann nicht im Interesse des Hohen Hauses sein. Die CSU hat mit dem Entwurf, über den wir heute diskutieren, den Anspruch, gestalten zu wollen, auch im konservativen Sinne völlig aufgegeben. Markus Söder hat offenbar kein Interesse daran, zum Wohle Bayerns zu planen. Landesplanung sieht anders aus.

Sehr geehrte Damen und Herren, als die Änderungen zum LEP vom Minister Markus Söder vorgestellt wurden, wurden die Änderungen als ganz minimal angekündigt. Trotz dieser angeblich geringfügigen Änderungen musste die CSU-Fraktion alle Änderungen eigentlich überarbeiten. Die Vorlage war Ihnen offenbar zu peinlich. Ich kann das nur so interpretieren. Vermutlich war Ihnen die Vorlage nach der massiven Kritik

der Expertinnen und Experten in der Anhörung zu peinlich. Trotz dieses Rettungsversuchs ist das LEP nicht wirklich besser geworden. Lieber Markus Söder, wenn das Bild von Franz Josef Strauß noch über Ihrem Bett hängt, dann wird er sich heute Abend sicherlich umdrehen. So macht man keine Landesentwicklung. So macht man keine Gesetze. Und so wird man hoffentlich auch nicht Ministerpräsident.

(Widerspruch bei der CSU – Beifall des Abgeordneten Günther Felbinger (fraktionslos))

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Stamm. – Für die Staatsregierung erteile ich dem Staatsminister Markus Söder das Wort. Bitte schön, Herr Söder.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Was wäre, wenn Besucher von außerhalb Bayerns heute eine Einladung in den Landtag hätten und sich anhören würden, wie über Bayern geredet wird? – Hier wird von skandalösen Verhältnissen, von skrupellosem Verhalten, von totaler Zerstörung und Betonierung und Verödung gesprochen. Wenn man das hört, dann denkt man, Bayern muss ein katastrophales Land sein. Ich sage Ihnen Eines: Wer so redet, der mag dieses Land nicht. Schlechtreden ist der falsche Weg.

(Beifall bei der CSU – Dr. Paul Wengert (SPD): Das ist billige Polemik!)

– Jedes Argument ist gut. Aber geschriene und plumpe Parolen werden einem Landesentwicklungsprogramm nicht gerecht. Wir wollen sachliche Argumente hören und nicht dauernd Angriffe und plumpe Parolen.

Bayern ist doch ein starkes und schönes Land. Natürlich gibt es Herausforderungen, aber Bayern geht es doch besser als allen anderen Ländern. Unsere Herausforderungen wären für andere Luxusfragen. Unsere Aufgabe im Bayerischen Landtag ist nicht, das Land schlechtzureden, sondern, die Herausforderungen des Landes mit offenen Augen zu sehen und dafür Zukunftskonzepte zu gestalten. Das ist unsere Aufgabe in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Dabei reicht es nicht, auf das Jahr 1970 zu verweisen. In fast allen Reden hören wir die Aussage: Wir haben ein Programm von 1970, und daran sollen wir nichts mehr ändern. Meine Damen und Herren, die Geschichte ist wichtig, aber wir leben doch nicht mehr im Jahr 1970, sondern im Jahr 2017, und wir brauchen Antworten für die Jahre 2020 fortfolgende. Das versuchen wir mit dem Programm zu leisten, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der CSU)

Mir reicht es nicht, zu sagen: Da gibt es Probleme; da muss etwas geschehen, aber es darf bitte auf keinen Fall etwas passieren. – Mahnen alleine wird für die Herausforderungen Bayerns nicht reichen. Wir müssen machen. Das Landesentwicklungsprogramm ist keine Verfassung und keine UN-Charta. Es ist übrigens auch kein religiöses Werk. Es ist eine Verordnung, die uns an einigen Stellen Möglichkeiten gibt, eine Entwicklung in Bayern mitzuprägen.

Aber wir müssen auch einmal zugeben, dass es doch ziemlich überheblich ist, zu glauben, dass nur wir im Landtag, nur einige Professoren und Experten wissen, welche Probleme es in Bayern gibt. Für mich wissen die Kommunalpolitiker, die das Land prägen und rund um die Uhr für das Land arbeiten, besser Bescheid. Sie haben mehr Respekt verdient, als wir das heute gehört haben. Das sind nämlich die Landesentwickler vor Ort, die wir brauchen.

(Beifall bei der CSU)

Fakt ist: Bayern geht es gut, aber wir stehen vor Herausforderungen. Bayern wächst. Darüber sind wir übrigens froh. Wir spüren jedoch, dass dieses Wachstum nicht überall gleich verteilt ist. In den Ballungsräumen gibt es ein extrem starkes Wachstum, zum Teil schon überhitzt. Wir spüren, dass die Menschen das Wachstum in Relation zu ihrer Lebensqualität setzen. Natürlich dürfen wir nicht einfach nur Wachstum propagie-

ren. Das muss sensibel, qualifiziert und dosiert geschehen. Natürlich streben wir in den Ballungsräumen eine gute Verkehrsentwicklung an. In den Ballungsräumen wollen wir auch das Thema Wohnraum stärker voranbringen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich nenne nur das Stichwort Mietpreisbremse. Diese wurde nicht maßgeblich von den Herrschaften rechts von mir gemacht. Wenn weiterhin Gesetze gemacht werden, die am Ende nicht funktionieren, dann liefern wir denjenigen, die wir nicht im Parlament sehen wollen, Stoff. Das ist in den letzten vier Jahren bei der Mietpreisbremse passiert. Das muss besser gemacht werden.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Sie sprechen doch jetzt vom Integrationsgesetz? Das ist nicht angewendet worden!)

In den Ballungsräumen brauchen wir ein sensibles und dosiertes Wachstum. – Im Übrigen sei mir folgende Bemerkung erlaubt: Wer über Supermärkte im ländlichen Raum schimpft, der soll in die Großstädte schauen. Da kenne ich mich nämlich auch aus. Beim Thema Einkaufen verschwindet in den Großstädten doch jede Stadtteilkultur, weil an den Ausfallstraßen ein Markt nach dem anderen platziert wird. Viele ältere Menschen in den Großstädten haben keine Möglichkeit mehr, einen Bäcker oder Metzger fußläufig zu erreichen.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Dann ändern wir das!)

Deswegen sage ich Ihnen eines: Hören Sie zu! Der ständige Angriff auf Bürgermeister im ländlichen Raum, weil sie etwas ansiedeln, muss mit einer ehrlichen Analyse einhergehen. In den Großräumen und in den Ballungsräumen gibt es auch Veränderungen, die nicht jedem gefallen. Hier müssen wir eine Antwort finden, wie das besser gemacht werden kann.

(Annette Karl (SPD): Großräume kommen doch in Ihrem Entwurf gar nicht vor! Die haben Sie doch vergessen!)

Neben einem sensiblen Wachstum in der Stadt brauchen wir eine weitere Beschleunigung auf dem Land. Haben wir nicht vor einigen Jahren festgestellt, und stellen wir nicht für Deutschland fest, dass in den ländlichen Räumen nach wie vor die Herausforderung besteht, junge Menschen zu halten? Warum bleiben junge Leute da oder nicht? Was ist der Grund dafür? – Sie entscheiden danach, ob sie vor Ort eine Perspektive haben oder nicht. Vor drei oder vier Jahren herrschte in den ländlichen Räumen eine eher triste Stimmung. Es herrschte eher das Gefühl von Abgehängtsein. Die Menschen in den ländlichen Räumen waren sich unsicher, ob deren Probleme in München verstanden und ernst genommen würden. Mit der Heimatstrategie haben wir genau die Themenfelder identifiziert, die für die ländlichen Räume eine Stärkung bedeuteten. Es gab nicht nur ein Instrument, sondern viele. Es ging um den Breitbandausbau in der Digitalisierung. Es ging um die große Entscheidung zur Behördenverlagerung. Auch der kommunale Finanzausgleich hat in den letzten Jahren eine massive Steigerung erfahren. Das ging bis zu den Hochschulen und der Frage der Dezentralisierung. All diese Maßnahmen führen dazu, dass es auf dem Land eine stärkere Entwicklung gibt. Unser Ziel ist es, dass der ländliche Raum kein Museum ist, sondern ein Zukunftsraum, den wir stärken und erhalten.

(Beifall bei der CSU)

Ich gehe jetzt noch auf ein letztes Prinzip ein, das mir persönlich wichtig ist. Alle beklagen sich immer wieder, und ich finde schon ein Stück zu Recht, über den extremen bayerischen Zentralismus. Er hat manchmal Vorteile. Aber er führt in der Bürokratie dazu, dass jede kleinste Entscheidung am Münchner Tisch getroffen wird. Herr von Brunn sagte vorhin, dass die Entscheidung zum Riedberger Horn anhand von Bildern getroffen wird, die er sich anschaut. Meine Damen und Herren, es wird in den Regionen Bayerns keine Entwicklung geben, indem wir uns Bilder in München anschauen und dann entscheiden. Wir müssen den Menschen vor Ort mehr Möglichkeiten geben, dezentral und regional zu entscheiden. Das ist das, was Bayern braucht, und nichts anderes.

(Beifall bei der CSU)

Mein Eindruck ist, dass nicht alles perfekt ist. Aber die Tendenz und die Richtung, die wir in den ländlichen Räumen einschlagen, sind doch richtig. Ich treffe Bürgermeister und Landräte aller Parteien, unterschiedlicher Couleur und mit unterschiedlichen Argumenten, aber die Tendenz wird überall anerkannt.

Vorhin hat Frau Karl davon gesprochen, dass für die Finanzierung im Raum mit besonderem Handlungsbedarf – RmbH – zusätzliche Hilfen gewährt werden müssen. Wir haben die Stabilisierungshilfen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs eingeführt. Die gab es zuvor in dieser Form nirgendwo anders. Die Stabilisierungshilfen von mittlerweile 150 Millionen Euro sind für viele Gemeinden und Landkreise in Bayern ein ganz entscheidendes Argument und Moment, um aus eigener Kraft wieder stärker zu werden.

(Hans Herold (CSU): Fürth!)

Für mich ist ganz wichtig und entscheidend, dass wir nicht nur einen Zuschuss geben. Ich würde mir wünschen, dass wir die finanziellen Mittel vor Ort derart verbessern, dass der ländliche Raum mit eigenen Ideen, Kreativität und Wettbewerb nach oben kommt. Es ist eine Frage des Respekts für unser Land, dass wir keine Almosen, sondern Hilfen verteilen.

(Beifall bei der CSU)

Zu der Herausforderung "Flächenverbrauch": Das ist unbestritten ein Thema. Wir müssen aber die Zahlen in der Relation sehen. Meine Damen und Herren, wir wachsen. Wir haben einen enormen Zuzug. Zu glauben, viele Menschen könnten neu zu uns kommen und dadurch würde sich überhaupt nichts verändern, wäre zumindest naiv. Sollen diese Menschen alle auf dem gleichen Platz stehen? – Da müssen neue Kitas, neue Schulen, neue Straßen, neue Polizeieinspektionen und neue Hochschulen gebaut werden. Soll das woanders stattfinden? Können wir diese Einrichtungen einfach auf

die bestehenden Einrichtungen aufbauen? – Ich weiß, dass es eine Verdichtung geben muss. Das ist gar keine Frage. Aber zu glauben, dass nichts passieren darf, obwohl sich die Welt um uns herum ändert, wäre ein isolationistischer Gedanke. Wir wollen in Bayern leben und leben lassen. Wir wollen Argumente und gute Ideen.

(Beifall bei der CSU)

Zu den Zahlen: Nach den Statistiken, die Sie immer wieder zitiert haben, liegt der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen in Bayern bei 11,9 %. Bayern ist damit im deutschen Vergleich unterdurchschnittlich besiedelt. Über 83 % der Fläche Bayerns sind Landwirtschafts- und Waldfläche. Allein der Wald macht ein Drittel der Fläche Bayerns aus. Welcher Anteil der Fläche ist denn konkret versiegelt und betoniert? – Nach einer Studie des LfU vom Juli 2017 liegt der Anteil der tatsächlich versiegelten Fläche in Bayern bei 6,1 %. Da Sie das LfU heute mehrfach zitiert haben, werden Sie dessen Zahlen sicher akzeptieren. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wäre Bayern ein Fußballfeld, bedeutete 6,1 %, dass gerade einmal die Fläche der Hälfte eines der beiden Strafräume versiegelt wäre. Deshalb können Sie nicht davon sprechen, dass Bayern völlig zerstört und am Ende wäre. Diese Vorstellung wäre absurd.

(Beifall bei der CSU)

Trotzdem gestehe ich Ihnen zu, dass wir bei diesem Thema etwas tun wollen. Die Kunst besteht darin, Konzepte zu überlegen, wie das gehen kann. Nach meiner Meinung gehören dazu der Ausbau der Städtebauförderung und der Dorferneuerung sowie die Revitalisierung von Ortskernen, mit der wir übrigens wie kaum ein anderes Land in Deutschland begonnen haben. In den Herausforderungsgebieten wird fast jedes Projekt, das ansteht, finanziert und unterstützt. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir verdichten müssen. Eines muss dabei aber klar sein: Wir wollen in den Ballungsräumen neue Wohnungen für Menschen, für Bürger, übrigens auch für Beamte, bauen. Die Nachbarn sagen da nicht automatisch: Danke schön. Auch hier müssen wir immer wieder Diskussionen darüber führen, wie das gehen kann.

Wir brauchen einen atmenden Prozess. Ich bin sehr dafür, dass wir uns diesem Thema widmen. Aber festzuschreiben, was der Bürgermeister draußen tun darf oder nicht oder ob er einen Quadratmeter mehr für eine Kita zur Verfügung stellen soll, entspricht nicht dem Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung. Bayern ist ein Land, das dezentral und regional organisiert sein sollte. Deshalb wollen wir das nicht.

(Beifall bei der CSU)

Die Räume mit besonderem Handlungsbedarf werden dauernd als Notstandsgebiete bezeichnet. Diese Räume sind doch kein Notstandsgebiet. Das ist eine Unterstützung. Wir wollen fördern. Wir fördern hier jeden Tag mit 250 Förderprogrammen. Ich bin auch sehr offen für Vorschläge, welche Kommunen nicht im RmbH sein sollten. Sie können mir gerne eine Liste von Gemeinden geben, die wir herausnehmen sollen. Das ist kein Problem. Herr Stümpfig, gehen wir einmal vor Ort und reden darüber, ob Ansbach-Land nicht dabei sein sollte. Da werden alle in der Diskussion mit Ihnen sehr begeistert sein. Man kann über so etwas sehr schnell daherreden, aber Politik bedeutet auch praktische Verantwortung. Mit den einzelnen Programmen versuchen wir, den Strukturwandel zielgerichtet zu fördern und zu unterstützen. Dafür haben wir auch mehr Mittel eingestellt. Vorhin kam das Argument, wir hätten weniger Geld zur Verfügung gestellt; der Kuchen würde kleiner. Im Gegenteil, der Kuchen wird größer. Bayern wächst, der Haushalt wächst, aber es wächst auch der Anteil der Unterstützung vor Ort.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich halte es nicht für falsch, von München aus alles dafür zu tun, dass strukturschwächere Gebiete in Bayern Anschluss erhalten und stärker werden. Das ist doch ein lohnendes Ziel.

(Beifall bei der CSU)

Über die Zentralen Orte ist lange gesprochen worden. Dieser Begriff ist nicht einfach. Das sind diese technischen Begriffe des Landesentwicklungsprogramms, die in jeder Versammlung und jeder Talkshow jedem sofort eingängig sind. Trotzdem: Als wir

diese Begriffe erarbeitet haben, hatte ich den Eindruck, dass damit darauf reagiert wird, was in der Realität stattfindet. Wir wollen die Zentralen Orte künftig nicht mehr so starr wie früher einstufen. Frühere Begriffe wie "untere Einheit" werden dem Selbstwertgefühl vieler Gemeinden, Bürgermeister, kommunaler Ehrenamtlicher und Bürgerinitiativen nicht gerecht. Die Menschen wollen durch die getroffenen Entscheidungen Perspektiven haben. Wir stärken die interkommunale Zusammenarbeit. Was sollen wir denn sonst tun? Sollen wir diese Zusammenarbeit verhindern? Ist diese Zusammenarbeit nicht eine große Chance, etwas voranzubringen? Ist die länderüberschreitende Entwicklung, die Erwin Huber angesprochen hat, nicht genau das, was Bayern braucht? – Meine Damen und Herren, wir leben doch nicht völlig allein. Wir wollen doch mit unseren Nachbarn kommunizieren.

Ist es nicht eine sinnvolle Entwicklung, wenn Versorgungslücken geschlossen werden, indem wir bewusst Entscheidungen für die Verbesserung von Perspektiven treffen? Ich halte es für absurd, dass kleine Oberzentren gebildet werden und eine Landeshauptstadt wie München gleich eingeschätzt wird. Wir brauchen Metropolen, die einen großen Verflechtungsraum aufweisen. Wir entwickeln Regionalzentren mit einer Regiopolregion, die die Möglichkeit bietet, dort eine Vernetzung und eine Zentralisierung zu erreichen.

Meine Damen und Herren, ich glaube deshalb, dass das Angebot, das wir heute unterbreiten, ein Angebot ist, mit dem die Städteentwicklung in Bayern gefördert wird. Vielen Bürgermeistern und Landräten in Bayern wird dadurch eine Perspektive geboten. Mit diesem Angebot werden bestehende Strukturen nicht einfach belassen, sondern den Kommunen wird die Hand gereicht für eine zukünftig gute Entwicklung des Bayernlandes. Damit motivieren wir die Kommunen und stoßen Innovationen an, statt nur das Jahr 1970 im Blick zu haben.

(Beifall bei der CSU)

Zum Anbindegebot: Wir haben diese Vorlage in vernünftiger Weise überarbeitet. Eines muss uns aber klar sein: Behördenverlagerung, ja. Hochschulentwicklung, ja. Allerdings schadet es nicht, dazu auch noch Arbeitsplätze in der Wirtschaft zu schaffen. Die kommunale Realität zeigt doch, dass es heute ein endloses Theater ist, einen Betrieb zu erhalten oder zu erweitern. Meine Damen und Herren, wenn ein Unternehmen in vielen Gemeinden investieren will, dauert es Jahre, bis alle Verfahren abgeschlossen sind und endlich entschieden werden kann. Kann es sein, dass der Staat nicht in der Lage ist zu handeln, wenn Arbeitsplätze im ländlichen Raum geschaffen werden sollen?

Wir setzen auf Entbürokratisierung. Meine Damen und Herren, fragen Sie einmal die Menschen draußen, was sie glauben, was ein Anbindegebot ist. In der Großstadt werden die Menschen eher an Hunde, in anderen Regionen an andere Tiere denken. Wir müssen einmal realistisch mit den Menschen reden. Wir wollen vernünftige Entwicklungen. Dazu gehört auch die wirtschaftliche Entwicklung im ländlichen Raum. Leben und Arbeit sollen zusammenkommen. Wir wollen in Bayern nicht nur Pendlerströme.

(Beifall bei der CSU)

Wenn eine Kommune nicht will, dann passiert auch nichts. Alle, die hier sitzen, sitzen doch auch in den Kommunalparlamenten. Sie entscheiden mit, und sie prägen letztlich die kommunale Realität. Das gilt übrigens auch für den Alpenplan. Herr Gehring, Sie haben gesagt: Zwei Bürgermeister, was sollen die entscheiden? – Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Hier entscheiden zwei Bürgermeister in einem demokratischen Verfahren. Die Entscheidung hätte auch anders ausgehen können. Unter dem Gesichtspunkt der Demokratie sind wir es als Bayerischer Landtag, als oberster Repräsentant der Demokratie in Bayern, den Kommunen schuldig, auch Respekt vor der kommunalen Demokratie zu haben. Wir sollten die Kommunen nicht einfach arrogant zur Seite stoßen.

(Beifall bei der CSU)

Zum Riedberger Horn hat Klaus Holetschek als Kenner der örtlichen Situation sehr beeindruckende Aussagen und Einschätzungen getroffen. Mit dem Alpenplan sollen nicht nur "Betretungsverbote" festgelegt werden. Beim Alpenplan geht es vielmehr darum, Lebens-, Natur- und Wirtschaftsraum zusammen darzustellen. Meine Damen und Herren, natürlich ist dies eine Veränderung. Wir haben übrigens bis heute keinen Bezugsfall. Sie wissen, wie zäh eine Änderung des LEPs ist. Deshalb müssen Sie, allein aufgrund der Zeitdauer, nicht befürchten, dass ein solcher Fall in den nächsten Jahren noch einmal vorkommt. Das ist tatsächlich ein Einzelfall. Das ist aber nur meine Einschätzung. Sie dürfen selbstverständlich eine andere haben.

Wir haben die Zone C des Alpenplans vergrößert. Übrigens, aus der Zone C werden gerade einmal 0,04 % der Gesamtfläche herausgenommen. Jetzt wird diese Fläche aber insgesamt sogar noch größer. Sie wird um insgesamt 224 Hektar erweitert.

Eines, Herr Gehring, was Sie gesagt haben, stimmt natürlich nicht. Sie haben die Sahara mit der Arktis verglichen. So habe ich das verstanden. Nach meiner Ortskenntnis sind die Gebiete, die herausgenommen werden, und die, die aufgenommen werden, deutlich weniger weit voneinander entfernt als die Sahara von der Arktis.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Es ist nicht so, dass wir den Alpenplan verändern und an der Küste, an der Nordsee, etwas machen. Wir machen das vor Ort, in dem gleichen Bereich, in der gleichen Region. Es gibt dort mehr Naturschutz und nicht weniger. Das ist doch das Signal, das wir geben müssen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, zum Schluss: Ich respektiere natürlich unterschiedliche Auffassungen und Leidenschaft. Es ist doch positiv, wenn man zu einem Thema wie dem Landesentwicklungsprogramm so viel Leidenschaft mobilisieren kann. Die Bürger sind immer noch fasziniert davon, wie uns das gelingt; aber das ist gut so.

Eines ist Ihnen schon klar, weil Sie sagen, man hätte keine Philosophie. Ich habe eine Philosophie, und zwar eine ganz klare: die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Das Prinzip muss doch sein, dass wir als Politiker im Jahr 2017 in der Lage sind, auf dem Fundament, auf dem wir stehen, weiterzuentwickeln. Manches, was man erhalten will, muss man verändern, damit es eine Chance hat, erhalten zu bleiben.

(Florian von Brunn (SPD): Das sind leere Allgemeinplätze!)

Ein Landtag muss sich den Herausforderungen der Zeit stellen. Ich bin anderer Auffassung als der, mit asymmetrischen Diskussionsstrategien zu versuchen, alles so zu lösen, dass es keine Kontroverse gibt, und damit Entscheidungen vielleicht zu vertagen. Ich finde, die Bürger haben einen Anspruch darauf, zu erfahren, dass gewählte Politiker Entscheidungen treffen, ein Stück weit die Führung übernehmen und Vorschläge machen, wie man etwas entwickeln kann.

Wir machen heute einen Vorschlag, wie das Wachstum in Bayern entwickelt, human und sensibel gestaltet und dafür gesorgt wird, dass es keine Bürger zweier Klassen gibt, einerseits den Großstadtbürger mit mehr Chancen und andererseits den Bürger aus dem ländlichen Raum ohne Chancen. Ich finde, jeder in Bayern hat die gleichen Chancen, jeder in Bayern soll die gleichen Möglichkeiten haben. Ich will, dass Stadt und Land mehr Hand in Hand gehen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Staatsminister, bleiben Sie bitte noch. – Wir haben zwei weitere Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Woerlein. Bitte schön.

Herbert Woerlein (SPD): Herr Minister Söder, ich kann Sie beruhigen: Ihre Rede war leidenschaftlich. Das zeigt auch der lang anhaltende Applaus Ihrer Fraktion. Man sollte sich aber bei all der Leidenschaft nicht dazu hinreißen lassen, die Wissenschaft hintanzustellen. Was Sie zu den Expertenanhörungen, die wir hier hatten, gesagt

haben, macht mir Sorge. Sie können diese Expertenmeinungen nicht einfach wegwischen. Die Experten – ich muss Sie damit noch einmal konfrontieren – haben zum Ersten eindeutig festgestellt, dass die Pläne am Riedberger Horn eine ökologische Katastrophe sind, und zum Zweiten wurde klar prognostiziert, dass dann, wenn Sie die Vorhaben am Riedberger Horn ermöglichen, zahlreiche Folgeanträge kommen werden. Wenn der Alpenplan in die Tonne getreten wird, tragen Sie die Verantwortung dafür, dass ein falscher Weg im Umweltschutz eingeschlagen wird. Ich bedauere das sehr. Ich habe Ihren Weg als Umweltminister mit Interesse verfolgt und hatte das Gefühl, dass Sie sich massiv einsetzen. Sie haben damals viele Versprechen gegeben, die ich jetzt im Einzelnen gar nicht aufzählen will, die leider nicht gehalten werden. Das ist ein historischer Schritt in eine völlig falsche Richtung im Umweltschutz. Das muss hier in aller Deutlichkeit für das Protokoll noch einmal festgehalten werden.

(Beifall bei der SPD – Florian von Brunn (SPD): Bravo!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Woerlein. – Herr Staatsminister, bitte schön.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Herr Kollege, einmal abgesehen davon, dass ich als Umweltminister vieles gemacht habe, was bis heute Bestand hat – denken Sie an die grüne Gentechnik und anderes –, sage ich Ihnen eines: Wissenschaftlicher Rat ist immer gut. Wären wir dem wissenschaftlichen Rat zum Beispiel beim kommunalen Finanzausgleich eins zu eins gefolgt, hätten wir bei vielen Gemeinden massiv kürzen müssen. Wir müssten dann viele Veränderungen im Land vornehmen. Ich finde wissenschaftlichen Rat gut. Wenn wir nicht in der Lage wären, das politisch zu überdenken und zu entscheiden, dann bräuchten wir hier nicht mehr zusammensitzen. Wissenschaftlicher Rat ist das eine, aber die Entscheidung müssen wir hier treffen. Wir sind in der Verantwortung.

(Beifall bei der CSU)

Einen Folgeantrag gibt es bislang nicht. Ich habe keinen gesehen. Wir könnten das wissen.

(Herbert Woerlein (SPD): Die warten ab, was jetzt kommt!)

– Ja. Aber da gibt es keine Änderung. Der Alpenplan wird dann nicht mehr geändert.

(Florian von Brunn (SPD): Wir nehmen Sie beim Wort!)

Ich sage es noch einmal: Die "einzige baufachliche Entscheidung" – das ist angesprochen worden – kommt, mit all den Rechtsfragen. Der Alpenplan wird so strukturiert, wie es vorgeschlagen ist. Das ist so. Wir reden seit fast zwei Jahren über dieses LEP. Sie glauben doch nicht, dass sich das in den nächsten eineinhalb, zwei oder fünf Jahren noch viel ändert.

Ich sage Ihnen noch eines: Ich bedauere es sehr, dass durch die Art und Weise der Diskussion nicht von Ihnen persönlich, aber von vielen anderen am Ende eine Region so diskreditiert wird wie die Gemeinden am Riedberger Horn; denn die machen natur-schonenden Tourismus.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Leute, ihr fragt mich, und ich antworte brav. Herr von Brunn, Sie haben vorhin zugegeben, dass Sie nicht vor Ort waren. Wenn Sie ständig so schlecht über ein Gebiet reden, dann schaden Sie diesem Gebiet natürlich in der Zukunft.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Die Österreicher werden in ihren Skigebieten mit Ihnen werben, Herr von Brunn.

Zur Frage, ob das eine ökologische Katastrophe ist: Ich war dort und habe mir das angesehen. Der Plan geht durch das Gebiet für das Birkhuhn. Ich bin mir nicht sicher, ob es eine an der Grenze der Zonen B und C orientierte Wanderungsbewegung der Birk-

hühner innerhalb des Wäldchens gibt. Ich weiß aber: Wir vergrößern Flächen, wir vergrößern Schutzzonen. Es ist das erste Mal seit vielen Jahren, dass die Schutzzone vergrößert wird. Das kann doch keine ökologische Katastrophe sein. Das ist doch eher ein ökologisches Plus. Das darf man auch einmal sagen und wahrnehmen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Zur nächsten Zwischenbemerkung hat sich der Herr Kollege Gehring gemeldet. Bitte schön.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Söder, zu zwei Dingen: Sie haben vorhin die Situation in den Großstädten geschildert: Verödung der Innenstädte, die Einkaufszentren auf dem Land, die Situation für die Menschen. Sehen Sie nicht auch, dass durch das, was Sie im LEP erneut machen, was Sie schon bei der letzten Veränderung mit den Verkaufsflächen gemacht haben, die Situation aus den Städten auf das Land transportiert wird? Das Problem haben wir auf dem Land heute schon: Verödung der Dorfkerne, Einkaufszentren am Ortsrand. Durch das, was Sie im Landesentwicklungsprogramm jetzt vorschlagen, wird das nochmals verstärkt. Das kann doch nicht Ihr Modell sein, dass man die Probleme der Städte auf das Land transportiert.

(Erwin Huber (CSU): Der Handel wird gar nicht beeinträchtigt!)

Wir brauchen eine dem Land angepasste Entwicklung. Da brauchen wir andere Instrumente. Landgemäße Entwicklung heißt, auf den wichtigen Rohstoff Boden – das ist das Wichtigste für das Land – Rücksicht zu nehmen und entsprechende Modelle zu entwickeln, nicht so, wie Sie es tun.

Das Zweite, zum Riedberger Horn: Die beiden Gemeinden haben einen Antrag auf Zielabweichung nach dem Landesentwicklungsplan gestellt. Das ist ihr gutes Recht. Das ist eine kommunale Angelegenheit. Die Staatsregierung konnte diesem Antrag nicht entsprechen, weil ganz klar war, es gab keine Einstimmigkeit, die Stellungnahme

des Umweltministeriums war klar ablehnend und auch die des Landwirtschaftsministeriums. Jetzt hätten Sie das tun müssen, was jeder Bürgermeister tut, wenn er einen Bauantrag ablehnt, dass er nämlich dem Bauherrn sagt: Der Antrag ist okay, aber er wird abgelehnt, das geht nicht, und damit musst du leben, überlege dir einen alternativen Plan. – Genau das haben Sie nicht getan.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Die Bürgermeister haben heute noch keinen Ablehnungsbescheid zu ihrem Antrag auf Zielabweichung.

Sie haben gesagt: Jetzt drehen wir das anders, wir schneiden etwas heraus, und dann schauen wir, wie es geht. – Jetzt soll der Landrat entscheiden. Hat sich die Fachlichkeit auf der Landesebene verändert? Werden die Stellungnahmen des Umweltministeriums, des Landesamtes für Umwelt, der Naturschutzbehörden und der Naturschutzverbände anders sein als bisher? Was soll der Landrat also anders entscheiden?

(Hans Herold (CSU): Zeit!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, die Zeit!

Thomas Gehring (GRÜNE): Wollen Sie sagen, die Entscheidung auf kommunaler Ebene ist nicht sachbezogen, sondern interessenbezogen? Ich glaube, diesen Vorwurf dürfen wir uns im Interesse der kommunalen Selbstverwaltung nicht machen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss. – Danke. – Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Beim Zweiten bin ich mir nicht ganz sicher, was Sie damit herauskitzeln wollten.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich antworte einmal so: Nach der alten Rechtslage wäre es überhaupt schwierig oder nicht möglich gewesen. Das war die Ausgangslage. Dann kam die Frage aus der Mitte des Landtages, aber auch von der Staatsregierung, ob es andere Optionen gibt. Daraus hat sich die gesamte Idee der Weiterentwicklung ergeben. Letztlich gibt es doch zwischen den Verfahren aufgrund der bestehenden Rechtslage und den Verfahren aufgrund der geänderten Rechtslage einen Unterschied. Wenn sich die Rechtsgrundlage ändert, ändert sich auch die Verfahrensstruktur. Zu dem, wogegen Sie kämpfen oder klagen werden, kommen wir ohnehin.

In einem möchte ich Ihnen widersprechen. Was Sie zu den Großstädten sagen, stimmt nicht. In den Großstädten gibt es keine Verödung der Innenstädte; das ist völlig unwahr. Ich lebe in einer Großstadt. Wir haben in den Großstädten die Entwicklung, dass der Innenstadtbereich mit Glitzerläden usw. boomt. Manches sieht auch ähnlich aus; das ist keine Frage. Da ist alles super. In den Vorstädten wohnen viele Leute; auch das ist gut. Die Wohngebiete sind gut strukturiert, und alles ist wunderbar. Probleme gibt es manchmal in der Mitte, durch die übrigens viele, die darüber reden, ab und zu auch durchfahren. Dort haben wir die Herausforderungen von Armut und Migration, gerade in meiner Heimatstadt Nürnberg und woanders auch. Da liegt die Herausforderung. Es gibt keine Verödung der Innenstädte, sondern in den Großstädten haben wir die Superstruktur, und im Vorstadtbereich ist alles okay, aber in der Mitte, wo es soziale Herausforderungen gibt, wird es schwierig. Deswegen müssen sich die Großstädte eine eigene Siedlungspolitik überlegen. Das ist nicht unsere, sondern deren Aufgabe. Das ist richtig.

Zum Land. Seien wir ganz ehrlich: Ein Stück weit können wir das Kaufverhalten der Menschen nicht komplett ändern.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Doch!)

– Ich glaube, das ist schwierig. Heute will niemand in 30 Geschäfte rennen und 30 Tüten tragen, sondern gerade junge Familien – so hat sich die Zeit geändert – sind

manchmal froh, wenn sie alles an einer Stelle bekommen und vielleicht sogar ein bisschen Kinderbetreuung möglich ist. Viele Gemeinden versuchen, Herr Gehring, sich diesem veränderten Kaufverhalten anzupassen. Ich bin kein Fetischist von Supermärkten usw.; aber glauben Sie, dass dann, wenn es heute in einer Gemeinde keinen Supermarkt gibt – darum ist die eine Änderung im LEP noch wichtig, Erwin Huber –, ein kleiner Tante-Emma-Laden, ein kleiner Metzger und möglicherweise ein kleiner Schuhmachermeister aufmachen? Es gibt eine Realität, und die Realität heißt: Wir ziehen Grenzen ein und haben Sicherungen; aber wir müssen ein bisschen Luft lassen, damit sich der ländliche Raum entwickeln kann und auch ein Stück weit die Möglichkeit besteht, das Kaufverhalten, wie es heute realistisch ist, ein bisschen anzunehmen. Meine Damen und Herren, wir leben in der Gegenwart, und ich bin der Auffassung, wir müssen auch für junge Menschen, die gern im ländlichen Raum leben, ein Angebot schaffen, das mit dem der Großstadt vergleichbar ist. Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bevor wir zu den Abstimmungen kommen, hat sich der Kollege von Brunn zu einer persönlichen Erklärung zur Aussprache gemeldet. In der persönlichen Erklärung darf der Redner Angriffe zurückweisen oder Ausführungen korrigieren, aber nicht mehr zur Sache sprechen. – Bitte schön, Herr von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Herr Finanzminister Söder, Sie haben gerade die unwahre Behauptung aufgestellt, ich hätte zugegeben, nicht am Riedberger Horn gewesen zu sein. Ich weiß nicht, wie Sie zu dieser Behauptung kommen. Selbstverständlich war ich am Riedberger Horn. Ich habe das Riedberger Horn einschließlich aller geplanten Pisten begangen. Daraus, dass ich die Frage von Herrn Holetschek nicht beantwortet habe, zu schlussfolgern, dass ich nicht dort gewesen bin, sagt viel über Ihren Umgang mit der Wahrheit aus.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch von der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege von Brunn. – Kolleginnen und Kollegen, die Aussprache ist geschlossen. Bevor wir zu den Abstimmungen kommen, noch kurz zu ihrem Ablauf, weil wir jetzt viele Abstimmungen hintereinander durchzuführen haben. Ich lasse zuerst in einfacher Form über den Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER auf der Drucksache 17/16764 abstimmen. Danach folgen die vier namentlichen Abstimmungen. Nach diesen Einzelabstimmungen wird über die verbleibenden Anträge eine Gesamtabstimmung durchgeführt, bei der die Voten des federführenden Ausschusses entsprechend der aufgelegten Liste zugrunde gelegt werden. Anschließend wird die Sitzung bis zum Vorliegen der Ergebnisse der namentlichen Abstimmung unterbrochen, und danach erfolgt die Abstimmung über die Änderung des Landesentwicklungsprogramms selbst. Ich darf Sie bitten, nach den einzelnen namentlichen Abstimmungen jeweils immer wieder Ihre Plätze einzunehmen, damit wir zügig durch die Abstimmungen kommen.

Ich beginne nun mit den Abstimmungen. Zuerst ist über den Antrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/16764 abzustimmen, mit dem die Staatsregierung aufgefordert wird, die vorgelegte Änderung des Landesentwicklungsprogramms zurückzuziehen und eine überarbeitete Fassung vorzulegen. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 17/16764 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und die fraktionslosen Abgeordneten Muthmann, Felbinger und Stamm. Die Gegenstimmen bitte. – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Es folgen nun die vier namentlichen Abstimmungen. Sind Sie mit jeweils drei Minuten Zeit für die Abstimmungen einverstanden? – Kein Widerspruch. Dann werden wir es so machen. Alle jetzt zur Abstimmung zu stellenden Anträge der Oppositionsfraktio-

nen werden vom federführenden Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie zur Ablehnung empfohlen.

Zunächst lasse ich über die Anträge abstimmen, zu denen vonseiten der SPD-Fraktion Einzelabstimmung in namentlicher Form beantragt worden ist. Es handelt sich um die Listennummern 3, 6 und 7 der Anlage 2 zur Tagesordnung.

Zuerst lasse ich abstimmen über den Antrag "Anbindegebot zukunftsfähig machen" auf Drucksache 17/13332; das ist die Listennummer 3. Für die Stimmabgabe sind die Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Zeit: Wie gesagt drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 13.07 bis 13.10 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen, die drei Minuten sind um. Die Auszählung erfolgt außerhalb des Plenarsaals.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen. – Bitte nehmen Sie alle die Plätze wieder ein. – Ich würde gerne mit der Abstimmung fortfahren, und bitte, die Plätze wieder einzunehmen. – Danke schön.

Wir führen zwischenzeitlich die namentliche Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/16934 – das ist Listennummer 6, Flächensparen, durch. Die Urnen sind wieder bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 13.11 bis 13.14 Uhr)

Die Stimmabgabe ist geschlossen. Die Auszählung erfolgt wiederum außerhalb des Plenarsaals. Bitte nehmen Sie die Plätze wieder ein, damit wir zügig fortfahren können.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Jetzt folgt die namentliche Abstimmung über den SPD-Antrag auf Drucksache 17/17146, Listennummer 7, Keine Änderung des Alpenplans. – Auch hier sind die Urnen wieder bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Auch hier wieder drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 13.15 bis 13.18 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Ich schließe die Stimmabgabe. Auch dieses Ergebnis wird wieder außerhalb des Plenarsaals ermittelt. – Damit wir fortfahren können, nehmen Sie bitte die Plätze wieder ein.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Kolleginnen und Kollegen, je schneller Sie wieder auf Ihrem Platz sind, desto eher kommen wir in die Mittagspause.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Einzelabstimmung in namentlicher Form zum Antrag auf Drucksache 17/16678, Schönheit der Bayerischen Alpen bewahren, Listennummer 10 der Anlage 2 zur Tagesordnung beantragt. Auch hier stehen die Urnen wieder bereit. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Wiederum drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 13.19 bis 13.22 Uhr)

Meine Damen und Herren, die drei Minuten sind um. Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Sie wissen, wie es weitergeht. Wir haben noch einige Abstimmungen, aber keine namentlichen mehr.

Ich fahre fort zunächst mit der Gesamtabstimmung gemäß § 59 Absatz 7 der Geschäftsordnung über die sonstigen mitberatenden, in der Anlage 2 enthaltenen Anträge.

Die Nummer 1 ist der Antrag der Abgeordneten Karl, Kohnen, Lotte und anderer (SPD) betreffend "LEP I: Das Landesentwicklungsprogramm als starker Rahmen für eine wirtschaftlich starke und nachhaltige Entwicklung Bayerns", auf Drucksache 17/13330. Der federführende Ausschuss empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären.

Bei der Nummer 2, Antrag der Abgeordneten Karl, Kohnen, Lotte und anderer (SPD) betreffend "LEP II: Zersiedelung und Versiegelung stoppen, Entwicklung fördern" auf Drucksache 17/17331 empfiehlt der federführende Ausschuss Zustimmung.

Bei den übrigen Anträgen der SPD-Fraktion, über die wir nicht namentlich abgestimmt haben, empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung, ebenso bei den Anträgen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Bei den Anträgen der CSU-Fraktion empfiehlt der federführende Ausschuss Zustimmung bzw. beim Antrag auf Drucksache 17/17060 Zustimmung mit der Maßgabe, dass der Einleitungssatz des vorgelegten Antrages neu gefasst wird.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu diesen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die FREIEN WÄHLER.

Jetzt muss ich noch die fraktionslosen Abgeordneten nach Ihrem Votum fragen. Herr Muthmann? – Enthaltung. Herr Felbinger – ist nicht da. Frau Stamm? – Wie die GRÜNEN. Damit übernimmt der Landtag die Voten wie angezeigt.

Die Ergebnisse der namentlichen Abstimmung liegen mir noch nicht vor, deshalb unterbreche ich kurz die Sitzung.

(Unterbrechung von 13.24 bis 13.27 Uhr)

Meine Damen und Herren, bevor wir die Abstimmung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern durchführen, gebe ich die Abstimmungsergebnisse der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt.

Antrag der Abgeordneten Karl, Kohnen, Lotte und anderer (SPD) betreffend "LEP III: Anbindegebot zukunftsfähig machen" auf Drucksache 17/13332: Mit Ja stimmten 49 Abgeordnete, mit Nein 93 Abgeordnete. Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Antrag der Abgeordneten Karl, Kohnen, Lotte und anderer (SPD) betreffend "LEP VI: Flächensparen" auf Drucksache 17/16934: Mit Ja stimmten 60 Abgeordnete, mit Nein 83 Abgeordnete. Keine Enthaltungen. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Antrag der Abgeordneten Karl, Kohnen, Lotte und anderer (SPD) betreffend "LEP VII: Keine Änderung des Alpenplans zugunsten wirtschaftlicher Einzelinteressen" auf Drucksache 17/17146: Mit Ja stimmten 53 Abgeordnete, Nein 88 Abgeordnete, 4 Enthaltungen. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Antrag der Abgeordneten Schulze, Hartmann, Stümpfig und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Schönheit der Bayerischen Alpen bewahren – Unberührte Ruhezone erhalten (Landesentwicklung III)" auf Drucksache 17/16678: Mit Ja stimmten 53 Abgeordnete, mit Nein 88. Es gab 4 Enthaltungen. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Nun lasse ich über den Antrag der Staatsregierung auf Zustimmung zum Verordnungsentwurf zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern auf Drucksache 17/16280 abstimmen.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie auf Drucksache 17/18793. Dieser empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe, dass bei Erlass der Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern durch die Staatsregierung § 1 Nummer 3 Buchstabe a wie folgt gefasst wird: "In Satz 1 wird die Satznummerierung gestrichen und es werden die Wörter "München, Nürnberg, Salzburg, Oberpfaffenhofen, Ingolstadt-Manching und Lechfeld" durch die Wörter "München, Salzburg und Lechfeld" ersetzt."

Weiter empfiehlt der federführende Ausschuss, dass die vorher gefassten Beschlüsse des Landtags zu den zur unveränderten Annahme empfohlenen Anträgen auf den Drucksachen 17/13331 und 17/17232 mit 17/17235 Berücksichtigung finden. Der Antrag auf Drucksache 17/17060 soll in der vom Ausschuss empfohlenen Änderung Berücksichtigung finden.

Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen stimmt bei seiner Endberatung der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses ebenfalls zu.

Wer dem Antrag der Staatsregierung mit diesen Änderungen und Maßgaben zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen? – Das sind die SPD, die FREIEN WÄHLER, die GRÜNEN und Abgeordneter Muthmann. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Damit hat der Landtag seine Zustimmung entsprechend der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses auf der Drucksache 17/18793 zum Entwurf einer

Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern sowie den Maßgaben der hierzu angenommenen Anträge auf Drucksache 17/13331, Drucksache 17/17060 und Drucksachen 17/17232 mit 17/17235 in der Fassung des federführenden Ausschusses erteilt.

Der Tagesordnungspunkt 5 ist damit erledigt. Wir haben eine Mittagspause bis 14.00 Uhr.

(Unterbrechung von 13.31 bis 14.00 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, wir nehmen die Sitzung wieder auf, auch wenn erst wenige da sind.

(Staatsministerin Ilse Aigner: Aber wir sind da!)

– Frau Ministerin, ich finde auch: Die Wichtigen sind da.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über Anträge, die zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (Drs. 17/16280) vorgelegt wurden, zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 5)

1. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u.a. SPD
LEP I: Das Landesentwicklungsprogramm als starker Rahmen für eine wirtschaftlich starke und nachhaltige Entwicklung Bayerns
Drs. 17/13330, 17/18532 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären

2. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u.a. SPD
LEP II: Zersiedelung und Versiegelung stoppen, Entwicklung fördern
Drs. 17/13331, 17/18533 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u.a. SPD
LEP III: Anbindegebot zukunftsfähig machen
Drs. 17/13332, 17/18534 (A)

über den Antrag wird gesondert in namentlicher Form abgestimmt

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen,
Andreas Lotte u.a. SPD
LEP IV: Vorhandene Knoten im Netz der Daseinsvorsorge stärken
Drs. 17/13333, 17/18535 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen,
Andreas Lotte u.a. SPD
LEP V: Verpflichtendes, professionelles, regionales Flächenmanagement
Drs. 17/16841, 17/18549 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen,
Andreas Lotte u.a. SPD
LEP VI: Flächensparen
Drs. 17/16934, 17/18541 (A)

über den Antrag wird gesondert in namentlicher Form abgestimmt

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen,
Andreas Lotte u.a. SPD
LEP VII: Keine Änderung des Alpenplans zugunsten wirtschaftlicher
Einzelinteressen
Drs. 17/17146, 17/18542 (A)

über den Antrag wird gesondert in namentlicher Form abgestimmt

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schutz der Bayerischen Kulturlandschaft –
Zersiedelung stoppen (Landesentwicklung I)
Drs. 17/16676, 17/18536 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen –
Starke Zentren und gezielte Förderung ländlicher Regionen
(Landesentwicklung II)
Drs. 17/16677, 17/18537 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schönheit der Bayerischen Alpen bewahren –
Unberührte Ruhezone erhalten (Landesentwicklung III)
Drs. 17/16678, 17/18538 (A)

über den Antrag wird gesondert in namentlicher Form abgestimmt

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Das Gesicht unserer Dörfer bewahren –
Discounter am Ortsrand vermeiden (Landesentwicklung IV)
Drs. 17/16679, 17/18539 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Evaluierung der Landesplanung –
Erfolgskontrolle statt Hochglanzbroschüren (Landesentwicklung VI)
Drs. 17/16681, 17/18540 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gezielte Förderung statt Gießkannen-Prinzip –
Raum mit besonderem Handlungsbedarf auf bedürftige Kommunen zuschneiden
(Landesentwicklung VII)
Drs. 17/17240, 17/18544 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
LEP-Änderung zurückziehen – überarbeitete Fassung vorlegen
Drs. 17/16764, 17/18543 (A)

über den Antrag wird gesondert abgestimmt

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Erwin Huber, Jürgen Baumgärtner, Dr. Otmar Bernhard u.a. CSU
Teilfortschreibung Landesentwicklungsprogramm Bayern;
Änderungen zu § 1 Nr. 6.1.2 („Höchstspannungsfreileitungen“)
Drs. 17/17060, 17/18550 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Erwin Huber, Barbara Stamm, Christine Haderthauer u.a. CSU
zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern;
Einführung der Zentralörtlichen Stufe „Regionalzentren“ und Aufstufung weiterer Zentraler Orte
Drs. 17/17232, 17/18545 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Erwin Huber, Karl Freller,
Dr. Otmar Bernhard u.a. CSU
zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das
Landesentwicklungsprogramm Bayern;
Anbindegebot
Drs. 17/17233, 17/18546 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Erwin Huber, Karl Freller,
Dr. Otmar Bernhard u.a. CSU
zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das
Landesentwicklungsprogramm Bayern;
Anbindegebot
Drs. 17/17234, 17/18547 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH

19. Antrag der Abgeordneten Erwin Huber, Karl Freller,
Dr. Otmar Bernhard u.a. CSU
zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das
Landesentwicklungsprogramm Bayern;
Einzelhandelsziel
Drs. 17/17235, 17/18548 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.11.2017 zu Tagesordnungspunkt 5: Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a. SPD; LEP III: Anbindegebot zukunftsfähig machen (Drucksache 17/13332)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gibis Max		X	
Aigner Ilse		X		Glauber Thorsten		X	
Aiwanger Hubert		X		Dr. Goppel Thomas		X	
Arnold Horst	X			Gote Ulrike	X		
Aures Inge	X			Gottstein Eva			
				Güll Martin	X		
Bachhuber Martin		X		Güller Harald	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter				Guttenberger Petra		X	
Bauer Volker		X					
Baumgärtner Jürgen		X		Haderthauer Christine		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried				Häusler Johann		X	
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar			
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim		X	
Biedefeld Susann				Hartmann Ludwig	X		
Blume Markus		X		Heckner Ingrid			
Bocklet Reinhold				Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold		X	
				Hiersemann Alexandra	X		
Celina Kerstin	X			Hintersberger Johannes			
				Hözl Florian		X	
Deckwerth Ilona	X			Hofmann Michael		X	
Dettenhöfer Petra		X		Holetschek Klaus		X	
Dorow Alex				Dr. Hopp Gerhard		X	
Dünkel Norbert		X		Huber Erwin		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel			
				Dr. Huber Martin		X	
Eck Gerhard				Huber Thomas		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eisenreich Georg		X		Huml Melanie		X	
Fackler Wolfgang		X		Imhof Hermann		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X						
Fehlner Martina	X			Jörg Oliver		X	
Felbinger Günther		X					
Flierl Alexander		X		Kamm Christine			
Freller Karl		X		Kaniber Michaela		X	
Füracker Albert		X		Karl Annette	X		
				Kirchner Sandro		X	
Ganserer Markus				Knoblauch Günther	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			König Alexander		X	
Gehring Thomas	X			Kohnen Natascha	X		
Gerlach Judith		X		Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard			
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef			
Zierer Benno			
Gesamtsumme	49	93	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.11.2017 zu Tagesordnungspunkt 5: Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a. SPD; LEP VI: Flächensparen (Drucksache 17/16934)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gibis Max		X	
Aigner Ilse		X		Glauber Thorsten	X		
Aiwanger Hubert	X			Dr. Goppel Thomas		X	
Arnold Horst	X			Gote Ulrike	X		
Aures Inge	X			Gottstein Eva			
				Güll Martin	X		
Bachhuber Martin		X		Güller Harald	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter				Guttenberger Petra		X	
Bauer Volker		X					
Baumgärtner Jürgen		X		Haderthauer Christine		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried				Häusler Johann	X		
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar			
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann				Hartmann Ludwig	X		
Blume Markus		X		Heckner Ingrid			
Bocklet Reinhold				Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra	X		
Celina Kerstin	X			Hintersberger Johannes			
				Hözl Florian		X	
Deckwerth Ilona	X			Hofmann Michael		X	
Dettenhöfer Petra		X		Holetschek Klaus		X	
Dorow Alex				Dr. Hopp Gerhard		X	
Dünkel Norbert		X		Huber Erwin		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel			
				Dr. Huber Martin		X	
Eck Gerhard				Huber Thomas		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eisenreich Georg		X		Huml Melanie		X	
Fackler Wolfgang		X		Imhof Hermann		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X						
Fehlner Martina	X			Jörg Oliver		X	
Felbinger Günther	X						
Flierl Alexander		X		Kamm Christine			
Freller Karl		X		Kaniber Michaela		X	
Füracker Albert		X		Karl Annette	X		
				Kirchner Sandro		X	
Ganserer Markus				Knoblauch Günther	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			König Alexander		X	
Gehring Thomas	X			Kohnen Natascha	X		
Gerlach Judith		X		Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard			
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef			
Zierer Benno			
Gesamtsumme	60	83	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.11.2017 zu Tagesordnungspunkt 5: Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a. SPD; LEP VII: Keine Änderung des Alpenplans zugunsten wirtschaftlicher Einzelinteressen (Drucksache 17/17146)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gibis Max		X	
Aigner Ilse		X		Glauber Thorsten		X	
Aiwanger Hubert		X		Dr. Goppel Thomas		X	
Arnold Horst	X			Gote Ulrike	X		
Aures Inge	X			Gottstein Eva			
				Güll Martin	X		
Bachhuber Martin		X		Güller Harald	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter				Guttenberger Petra		X	
Bauer Volker		X					
Baumgärtner Jürgen		X		Haderthauer Christine		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried				Häusler Johann		X	
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar			
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim		X	
Biedefeld Susann				Hartmann Ludwig	X		
Blume Markus		X		Heckner Ingrid			
Bocklet Reinhold				Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold		X	
				Hiersemann Alexandra	X		
Celina Kerstin	X			Hintersberger Johannes			
				Hözl Florian		X	
Deckwerth Ilona	X			Hofmann Michael		X	
Dettenhöfer Petra		X		Holetschek Klaus		X	
Dorow Alex				Dr. Hopp Gerhard		X	
Dünkel Norbert		X		Huber Erwin		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel			
				Dr. Huber Martin		X	
Eck Gerhard				Huber Thomas		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eisenreich Georg		X		Huml Melanie		X	
Fackler Wolfgang		X		Imhof Hermann		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X						
Fehlner Martina	X			Jörg Oliver		X	
Felbinger Günther	X						
Flierl Alexander		X		Kamm Christine			
Freller Karl		X		Kaniber Michaela		X	
Füracker Albert		X		Karl Annette	X		
				Kirchner Sandro		X	
Ganserer Markus				Knoblauch Günther	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			König Alexander		X	
Gehring Thomas	X			Kohnen Natascha	X		
Gerlach Judith		X		Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			X
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Straub Karl		X	
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			X
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef			
Zierer Benno			
Gesamtsumme	53	88	4

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.11.2017 zu Tagesordnungspunkt 5: Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Schönheit der Bayerischen Alpen bewahren - Unberührte Ruhezone erhalten (Landesentwicklung III) (Drucksache 17/16678)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold			
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Deckwerth Ilona	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex			
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten		X	
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid			
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes			
Hözl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine			
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			X
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Straub Karl		X	
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			X
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef			
Zierer Benno			
Gesamtsumme	53	88	4